



## **Stenografischer Bericht**

**öffentlich**

17. Sitzung – Hauptausschuss

24. Februar 2026 – 14:35 bis 16:25 Uhr

### **Anwesende:**

Vorsitz: Holger Bellino (CDU)

#### **CDU**

Dirk Bamberger  
Alexander Bauer  
Birgit Heitland  
Hartmut Honka  
Michael Reul  
Uwe Serke  
Tobias Utter

#### **AfD**

Arno Enners  
Jochen K. Roos

#### **SPD**

Tobias Eckert  
Lisa Gnadl  
Stephan Grüger  
Dr. Daniela Sommer (Waldeck-  
Frankenberg)

#### **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Kathrin Anders  
Marcus Bocklet  
Miriam Dahlke  
Hildegard Förster-Heldmann  
Jürgen Frömmrich  
Sascha Meier

#### **Freie Demokraten**

Yanki Pürsün

### **Weitere Anwesende:**

Staatssekretär Benedikt Kuhn, Vertreterin der Staatskanzlei sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fraktionen.

Die Liste aller Anwesenden liegt der Ausschussgeschäftsführung vor.

Vor Eintritt in die Tagesordnung kam der Hauptausschuss überein, Tagesordnungspunkt 1 in öffentlicher Sitzung zu behandeln.

## Öffentlicher Teil

### 1. **Ausführung des Beschlusses (28. Plenarsitzung am 11.12.2024) zu dem Antrag, Drucks. [21/1424](#)**

**Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD  
Gemeinsam für die Zukunft aufstellen: Parlament und Landesregierung starten Dialog- und Maßnahmenprozess für mehr Resilienz und Sicherheit**

**hier: Präsentation der Ergebnisse der Fokusgruppeninterviews durch die Gesellschaft für Innovative Marktforschung (GIM)**

**Vorsitzender:** Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich darf Sie sehr herzlich zu unserer heutigen Sondersitzung begrüßen. Vielen Dank an die Obleute und natürlich auch an die Abgeordneten, dass das möglich war. Mir war es wichtig, dass wir vor der Kommunalwahl die drei Säulen abschließen können. Deshalb finden am Donnerstag und am Freitag die Anhörungen statt.

Die heutige Sitzung hielt ich für notwendig, damit wir zusätzlich zu dem Bericht über die Ergebnisse der Fokusgruppeninterviews, noch einmal die Möglichkeit haben, die Ergebnisse in Kurzform zu hören und vor allen Dingen auch noch das eine oder andere hinterfragen zu können. Ich glaube, das ist sinnvoller als wenn man sich nur auf das Literaturstudium konzentriert.

Ich darf Herrn Staatssekretär Kuhn begrüßen und mitteilen, dass er uns wegen einer anderen Verpflichtung gegen halb vier verlassen muss.

René Rock ist entschuldigt und wird von Herrn Pürsün vertreten. Sie sind auch sozialpolitisch erfahren, wie wir wissen. Außerdem darf ich die Damen und Herren Sozialpolitiker begrüßen, sofern anwesend.

Entschuldigt sind die Abgeordneten Fuchs und Schweier von der AfD-Fraktion.

Außerdem sind zwei Praktikanten von der SPD und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN anwesend. Herzlich willkommen.

Ich darf fragen, ob es zur Tagesordnung Änderungswünsche gibt. – An mich wurde der Wunsch herangetragen, in öffentlicher Sitzung zu tagen. Es spricht nichts dagegen, auch wenn das ein oder andere vielleicht noch einmal vertiefend hinterfragt wird. Dann frage ich Sie, ob jemand der

Öffentlichkeit widerspricht? – Das ist nicht der Fall. – Dann darf ich feststellen, dass die Öffentlichkeit hergestellt ist.

Ganz besonders darf ich, wenn wir jetzt in den inhaltlichen Teil eintreten, Herrn Dr. Jerković begrüßen. Viele von Ihnen kennen ihn bereits. Er hat damals mit seinem Kollegen das Konzept vorgestellt; auch da haben wir bewusst gesagt, wir hinterfragen das ein oder andere noch einmal. Zugeschaltet aus Berlin ist Herr Meyer.

Sie erinnern sich, dass wir die Fokusgruppen in sechs Blöcke aufgeteilt hatten: Erziehung und Bildung, Wirtschaft und Arbeit, Kinder und Jugendliche, Gesundheit, Familien und Seniorinnen und Senioren sowie Vereinswesen und Religionsgemeinschaften. Die Fokusgruppeninterviews wurden an drei Tagen in Frankfurt durchgeführt; die schriftliche Auswertung haben wir in Form von Charts erhalten.

Wir haben heute die Möglichkeit, das Ganze detaillierter vorgetragen zu bekommen. Nach dem Vortrag – sowohl hier in Wiesbaden, also auch zugeschaltet aus Berlin – steigen wir in die Frageunde ein. Wenn es Verständnisfragen gibt, können wir das direkt machen. – Ich sehe und höre keinen Widerspruch. Dann, Herr Dr. Jerković, kann ich Ihnen das Wort erteilen.

Herr **Dr. Tomas Jerković**: Vielen herzlichen Dank für die nette Begrüßung und vielen Dank auch für die Möglichkeit, dass ich erneut hier sein darf. Ich darf Sie auch noch einmal von meinem Kollegen Dr. Hannes Fernow grüßen, den Sie vom letzten Mal kennen, der sich mittlerweile einer anderen beruflichen Herausforderung gewidmet hat. Er ist im Geiste bei uns. Zugeschaltet, wie Sie gehört haben, ist mein Kollege Martin Meyer aus Berlin, der uns bei der Analyse der Daten geholfen hat.

Ich darf Ihnen heute die Ergebnisse unserer spannenden Fokusgruppen vorstellen. Einige von Ihnen waren auch live dabei in Frankfurt und konnten einen Eindruck aus erster Hand erleben. Also, was haben wir heute vor? – Ich gehe noch einmal kurz auf das Forschungsdesign, auf die Methodik ein und dann geht es in medias res.

Wir starten mit ein paar übergreifenden Erkenntnissen und widmen uns danach zwei Schwerpunktthemen, die auch in der Leistungsbeschreibung im Fokus standen, nämlich die Bewertung der staatlichen Maßnahmen und die Bewertung der staatlichen Kommunikation. Am Schluss geht es um Wünsche und Anregungen der Bürgerinnen und Bürger: Was könnte man bei der nächsten Pandemie besser machen?

Zur Methodik und zum Hintergrund will ich mich nicht lang aufhalten. Die Fokusgruppen hatten, wir haben es gerade gehört, vor allem das Ziel, so ein bisschen das Meinungsspektrum abzubilden: Was denken Bürgerinnen und Bürger zur Pandemie? Welche Perspektiven haben Sie im Nachhinein auf die Pandemie? Wie bewerten Sie Maßnahmen, seien es inhaltliche oder kommunikative Maßnahmen? Und was wünscht man sich? Zusätzlich, das war Teil des Auftrages, wird mein Kollege Herr Meyer das ein oder andere Mal intervenieren: Wie sind denn die empirischen Primärdaten im Lichte weiterer Studien, die mittlerweile durchgeführt wurden, zu sehen?

Zur Methodik ganz kurz, Herr Bellino hat es bereits gesagt, wir haben sechs Fokusgruppeninterviews in Frankfurt durchgeführt, jeweils zwei Stunden mit jeweils sechs bis acht Teilnehmenden. Das haben wir Ende Oktober gemacht, im Anschluss an die Sitzung, die wir seinerzeit hatten.

Wen haben wir befragt? Das wurde auch schon gesagt, die sechs Gruppen waren unterschiedlich zusammengesetzt: eine Gruppe mit dem Fokus auf Bildung und Erziehung, also Lehrerinnen, Lehrer, aber auch Erzieherinnen; die zweite Gruppe aus dem Gesundheitswesen, also Ärztinnen, Ärzte, aber auch Personen aus Pflegeberufen und Apotheker; die dritte Gruppe waren Jugendliche, also Jugendliche, die seinerzeit in der Schule waren, die noch minderjährig waren, die die Pandemie in der Schule erlebt haben; die vierte Gruppe bestand aus Vertreterinnen und Vertretern aus den Bereichen Wirtschaft und Arbeit, also zum Beispiel Selbstständige, aber auch Personen, die im Betriebsrat tätig sind, um damit auch ein umfangreiches Bild zu erhalten; die fünfte Gruppe war die Familienperspektive, also Eltern, aber auch Seniorinnen und Senioren oder auch Personen, die Angehörige im Pflegeheim hatten; und letztendlich hatten wir auch Vertreterinnen und Vertreter aus dem Vereinswesen und aus Religionsgemeinschaften.

Neben dieser Aufteilung nach den sechs Zielgruppen haben wir Wert daraufgelegt, dass wir einen guten, so weit möglich, soziodemografischen Mix hatten. Wir hatten einen Mix aus unterschiedlichen Altersstufen, mit unterschiedlichem Bildungsstand und insbesondere, und das war bei dieser qualitativen Forschung ja auch Auftrag, einen guten Mix von Personen bezüglich ihrer Einstellung zur Corona-Politik. Personen, die gesagt haben: „Ich fand das eher ganz gut“, versus „Ich fand das eher nicht ganz so gut, was damals gelaufen ist“. Wir hatten auch einen guten Mix bezüglich des Vertrauens in Institutionen. „Ich habe eher ein hohes Vertrauen in Politik und Demokratie“, versus „Na, das ist schon ein bisschen gebröckelt“. Dieser gute Mix hat uns dann tatsächlich geholfen, den Diskurs ganz gut zu kartografieren, so will ich es mal nennen.

Bevor wir, und das wird natürlich ein Schwerpunkt sein, uns genau anschauen: „Wie wurden denn die staatlichen Maßnahmen, Impfen, Maske etc. oder auch die Kommunikation bewertet?“, möchten wir Ihnen ein paar spannende, übergreifende Erkenntnisse geben, die sich im Laufe der Fokusgruppen herausgeschält haben. Das wird sich durch den gesamten Bericht ziehen. Bei vielen Probanden und vielen Gruppen war es immer ein Abwägen, ein Spannungsverhältnis. Was wir oft gehört haben, war: „sowohl als auch“; „einerseits, andererseits“, „ja, aber“, „nein, aber“. Das hatten wir sowohl in den Gruppen als auch in den Personen selbst.

Woher kommt das? – Also vielen Bürgerinnen und Bürgern war klar, dass diese Situation während der Corona-Pandemie, das wurde zurückgespielt, eine absolute Ausnahmesituation war, für die es mehr oder weniger keine Blaupausen gab.

Es war auch klar, dass man vielleicht einerseits emotional gegen manche Maßnahme war, rational aber dafür oder umgekehrt. Man hat vielleicht einige Sachen heute anders bewertet als früher etc. Das zieht sich durch den ganzen Bericht. Deshalb werden Sie an vielen Stellen auch „sowohl als auch“, „einerseits, andererseits“ sehen. Das spiegelt den gesamten Diskurs wider, wie wir feststellen konnten.

Bei den Gruppen bedarf es auch einer kleinen Einordnung. Man kann nicht sagen, dass die Gruppen langweilig und unemotional waren. Ganz im Gegenteil, das waren sehr emotionale Gruppen, die wir dort hatten. Und in der Tat kann man sagen und man konnte den Eindruck gewinnen, dass vor allem die Kritik und die Unzufriedenheit überwiegen. Das ist aber auch durchaus nachvollziehbar.

Einerseits war es eine Ausnahmesituation und zweitens ist die Rückschau von dem Bild, das man heutzutage auf den Staat hat, nicht ganz unbeeinflusst. Wir wissen, in den letzten Jahren ist das Vertrauen in Politik und Demokratie durchaus ein bisschen erodiert und das schwappt dann da natürlich rein. Gleichzeitig haben wir auch versucht, immer eine ausgewogene Moderation herzustellen, dass nicht nur die kritischen Stimmen überwiegen, sondern auch die positiven Stimmen kommen.

Außerdem, und da übergebe ich gleich an meinen Kollegen Herrn Meyer, muss man da ein psychologisches Phänomen sehen, wenn es um negative Bewertungen geht.

Herr **Martin Meyer**: Auch von meiner Seite erst einmal vielen Dank, dass wir die Ergebnisse vorstellen können. Grüße aus Berlin.

Zur Einordnung der übergreifenden Erkenntnis ist es wichtig, dass man jetzt an dieser Stelle ein psychologisches Konzept einführt, und zwar den Negativity Bias, der besagt, dass negative Ereignisse, negative Emotionen eine stärkere Kraft haben und stärker im Gedächtnis bleiben als positive. Und dieser Negativity Bias, der wurde in der psychologischen Literatur in vielen Lebensbereichen praktisch festgestellt und lebt auch im Rahmen der Panikbetrachtung.

Herr **Dr. Tomas Jerković**: Wichtig ist natürlich zu wissen, dieser Negative Device beeinflusst tatsächlich auch das Handeln. Das muss man einfach wissen. Das zeigt sich dann auch in manchen unzufriedenen Reaktionen, die wir in den Gruppen haben sehen konnten.

Ein weiterer Punkt, und das war dann auch sehr, sehr spannend, ist: Wie bewerten die Personen die Maßnahmen? – Wir werden natürlich gleich darauf eingehen: „Wie wurde das Impfen bewertet, wie wurde die Maske bewertet? Aber zu allen Einzelmaßnahmen, die bewertet wurden, konnte man zwei Sachen feststellen, da haben sich auch ganz spannende Diskussionen in der Gruppe ergeben.

Einerseits werden die Maßnahmen bewertet von dem Grad der Betroffenheit, den man seinerzeit hatte und jetzt auch noch hat, plus eben, und das war dann philosophisch oder politikwissenschaftlich höchst interessant, von dem Menschenbild und von dem Staatsverständnis. Es gab zwischendurch immer wieder die Diskussion: „Wie tickt denn der Mensch, wie sollte der Staat denn handeln?“

Was meinen wir damit? Schauen wir uns den Grad der Betroffenheit an. Es war spannend festzustellen, dass wir, und das wollen wir jetzt nicht quantifizieren, in jeder Gruppe eine Dreiteilung feststellen konnten.

Einerseits gab es tatsächlich Personen, die der Pandemie durchaus etwas Positives abgewinnen konnten. Also nach dem Motto: „Jetzt ist alles digitaler.“ – „Ich habe meine Werte überdacht.“ – „Ich lege mehr Wert auf Achtsamkeit.“ – Diese Personen haben diese Maßnahmen dann nicht besonders belastend empfunden. Meistens waren sie auch nicht krank.

Wir hatten natürlich auch genau das Gegenteil, nämlich Personen, die bis heute an der Corona-Pandemie leiden, sei es körperlich, weil sie krank sind. Wir hatten Fälle von Long Covid und wir hatten Jugendliche, die uns berichtet haben: „Seitdem geht es mir nicht mehr so gut“. Es gab auch Personen, die einen sozialen Preis zahlen mussten. Personen, die berichten, dass Freundeskreise und Familien zerstritten sind. Für die wirkt Corona noch ganz stark nach.

In der Mitte hatten wir Personen, für die war Corona, auch wenn es eigentlich nur drei, vier Jahre zurückliegt, gefühlt sehr lange her: „Also ich kann mich gar nicht mehr daran erinnern, wie so eine Dystopie.“ – Für diese Personen war auch Corona überhaupt kein Thema mehr und sie haben diese Maßnahmen auch nicht so belastend empfunden.

Es war ganz spannend zu sehen, dass sich diese drei Muster in allen Gruppendiskussionen wiedergefunden haben. Also Personen, die Corona etwas abgewinnen konnten, Personen, die noch eine starke negative Nachwirkung haben, und Personen, die sagen: Das kommt mir vor wie so ein Science-Fiction-Film; das ist schon längst vorbei.

Der zweite Punkt ist, und das war dann wirklich sehr spannend, das war so in etwa die Frage, die sich in jeder Gruppendiskussion entzündet hat: Ist der Mensch dem Menschen ein Wolf? Wir hatten diese Diskussionen, und es gab zwei Lager, fast schon lehrbuchhaft, Personen auf der einen Seite, die sagen: „Wir haben ein positives Menschenbild; der Mensch ist eigentlich gut, er will anderen helfen“. Das hat mit einem liberalen Staatsverständnis korreliert, die Personen haben gesagt: „Der Mensch ist gut, deshalb soll der Staat den Menschen Freiheit gewähren und in ihrer Handlungsfähigkeit bestärken“.

Aber wir hatten auch die gegenteilige Fraktion, die sagt: „Na ja, ich misstraue den Menschen. Die Menschen sind doch eigentlich relativ egoistisch und das kommt durch so eine Krisensituation hoch“. Diese Personen wünschen sich dann eher einen intervenierenden Staat, einen Staat, der mehr auf Sicherheit setzt und damit den Schwächeren hilft. Das hat sich wirklich auch durchgezogen.

Auf Basis dieser Faktoren, dem aktuellen Grad der persönlichen Betroffenheit, aber auch dem Menschenbild und dem damit einhergehenden Staatsverständnis, wurden die Maßnahmen bewertet, meistens natürlich nicht komplett eindeutig. Wir haben dieses Sowohl-als-auch, aber natürlich je nach Betroffenheit, Menschenbild, Staatsverständnis in eine gewisse Richtung.

Wir konnten auch feststellen, wenn wir über Bewertung geredet haben, haben die Personen auch reflektiert. Sie haben nicht summa summarum etwas gesagt, sondern haben nochmal nachgedacht: Wie war das am Anfang der Pandemie, im Verlauf und danach?

Zu Beginn der Pandemie, im März 2020 konnten wir tendenziell eine Zustimmung zum Staat feststellen: „Es war Ausnahmesituation.“ – „Zum Glück macht der Staat etwas.“ – „Es werden Maßnahmen durchgeführt. Es ist auch eine neue Situation.“

Aber im Verlauf hat sich das Bild ein bisschen aufgespalten. Da sind wir wieder bei den Einflussfaktoren, die ich versucht habe darzustellen. Einige sagen: „Wunderbar, der Staat macht das richtig, er korrigiert sich auch.“ Aber einige haben auch gesagt: „Also irgendwie passt das gar nicht so zu meinem Menschenbild oder zu meinem Staatsverständnis, die Maßnahmen werden immer härter. Lockdowns und Ähnliches, das passt nicht.“ Das hat sich wirklich in der Wahrnehmung über den Zeitverlauf so aufgespalten.

Zum aktuellen Stand heute sind wir wieder bei dem, was ich gesagt habe. Einige Personen sagen: „Wunderbar, das haben wir geschafft. Das ist abgehakt.“ Und einige beschäftigt Corona noch heute. Dieser Verlauf, den wir in den Gruppen feststellen konnten, stützt auch die Forschungsliteratur.

Herr **Martin Meyer**: Die Studie von Lenz et al., eine repräsentative Befragung, zeigt, dass das föderale Krisenmanagement im Verlauf der Pandemie zunehmend negativ bewertet wurde. Am Anfang wurden die Maßnahmen noch breit unterstützt und im Zeitverlauf doch deutlich kritischer beurteilt.

Herr **Dr. Tomas Jerković**: Schauen wir uns übergeordnete und weitere übergeordnete Erkenntnisse an. Wir haben in den Fokusgruppen, diejenigen, die dabei waren, können sich erinnern, nicht sofort mit den Themen „Impfen“ oder „Maske“ oder mit der Frage: „Wie war die Kommunikation?“ gestartet, sondern haben gesammelt: „Was nimmst du denn aus der Pandemie an Positivem und Negativem mit?“ – Ich hatte Ihnen schon gesagt: Einige nehmen tatsächlich etwas Positives und etwas Negatives mit.

Was ist positiv? Tatsächlich dieser Schub der Digitalisierung, das kam bei vielen ganz gut an; also mehr Zeiteffizienz im Arbeitsleben, man kann Meetings ortsunabhängig durchführen, das passt ganz gut. Auch das Thema digitales Zahlen, Online-Shopping, das hat alles einen Boost erlebt.

Gleichzeitig haben wir Aussagen auf einer gewissen Werteebene gehört: „Wunderbar, ich musste mich nicht ständig mit meiner komischen Verwandtschaft treffen, hatte ein bisschen Zeit für mich selbst, konnte neuen Hobbys nachgehen.“ Also man überdenkt so seine Werte, seinen Lebensstil, das haben wir auch immer wieder gehört.

Auch das Thema Menschenbild gehört zur Werteebene: „Der Mensch ist dem Menschen gut.“ Man hat auch viel Solidarität erlebt, also Nachbarschaftshilfen, man hat neue Freundschaften geknüpft und Ähnliches.

Zum Beispiel kam von den Lehrerinnen und Lehrern die Aussage: „Die Klassengröße wurde ein bisschen kleiner. Bei allen Nachteilen, die es gab, konnte man sich etwas mehr um die Schülerinnen und Schüler kümmern.“

Gleichzeitig dürfen wir die negativen Erfahrungen nicht vergessen. Wir sind hier wieder beim Sowohl-als-auch, was ich versucht habe darzustellen.

Der größte Minuspunkt ist sicherlich der Eingriff in das Sozialleben gewesen, was uns zurückgespielt wurde, einerseits die Isolation, teilweise bedingt durch Quarantänemaßnahmen, teilweise auch durch eine gesellschaftliche Spaltung, die die Leute auseinandergebracht hat. Wir hatten keine Fokusgruppe, in der uns nicht erzählt wurde, dass man gehört habe, dass sich Freundeskreise, Familienkreise zerstritten hätten. Das muss man sagen.

Gleichzeitig, und da sind wir beim Thema Menschenbild, beim Thema Staatsverständnis, ist auch Zwang und Unfreiheit etc. genannt worden: „Man konnte sich nicht entfalten.“ „Regierung und Staat wirkten so ein bisschen unkoordiniert, widersprüchlich. Das war natürlich der Situation geschuldet, weil es neu war.“ Hinzu kamen logischerweise auch wirtschaftliche Belastungen, die man erlebt hat. Das wurde gerade von der Fokusgruppe „Wirtschaft und Arbeit“ zurückgespielt. Also auch hier Licht- und Schattenseiten, die mit Corona einhergingen.

Am wichtigsten, das können wir feststellen, ist dieses Thema der intensiven Eingriffe in die Lebenswelt. Natürlich haben wir mit den Lehrern über das Thema Schule gesprochen, mit den Vertretern aus dem Gesundheitswesen über das Thema Medizin etc. Aber was wirklich in allen Gruppen als Allererstes kam, waren die Veränderungen im Privaten, im Sozialen. Das haben viele Menschen als einen großen Eingriff erlebt.

Unsere Gesellschaft besteht aus vielen Routinen, Ritualen, die uns Sicherheit verleihen, sei es die Hochzeit, die Geburt, die Geburtstagsfeier, das Treffen mit Freunden. Das sind diese Rituale, Routinen, bei denen wir als Menschen Resonanz erfahren. Diese Resonanzerfahrungen wurden in der Corona-Zeit minimiert und eingeschränkt. Darüber hinaus wurden neue soziale Routinen, das Tragen von Masken, die Impfangebote, die Kontaktbeschränkungen eingeführt. Diese neuen Routinen wurden zum Teil nicht als sinnvoll empfunden.

Also einerseits wurde in bewährte, sinnstiftende Routinen und Rituale eingegriffen und andererseits musste man sich neuen Routinen und Ritualen anpassen. Das ist natürlich für jeden Mensch, der in der Regel ein Gewohnheitstier ist, sehr belastend gewesen.

Dieser Hinweis kam immer als Erstes, also diese Veränderung gerade im privaten Umfeld, bevor man dann auch über die berufsspezifischen Herausforderungen gesprochen hat.

Man kann Corona als ein großes soziologisches Experiment betrachten. Das einmal als Vorrede. Jetzt schauen wir uns im Detail die staatlichen Maßnahmen an. Es war unsere Aufgabe, über

bestimmte staatliche Maßnahmen zu sprechen. Die Probanden kamen auch relativ schnell darauf, da musste man gar nicht viel nachfragen.

Zur Frage: Wie hat der Staat reagiert?, kam als Antwort sehr viel Sowohl-als-auch. Einerseits gab es positive Zustimmung zum Staat: „Der Vater Staat, der sich kümmert, der Kapitän, der umsichtig auf Sicht durch den Nebel der Corona Pandemie fährt.“

„Andere Länder waren deutlich strenger.“ Das wurde auf der einen Seite gesehen, aber auch hier gab es wieder eine andere Seite: „Mag ja schon sein, dass der Staat Maßnahmen ergriffen hat, aber was sind die Folgen?“ – „Verhaltensgestörte Kinder, will man das?“ – „Ja Schutz ist sehr gut, aber muss das denn so bürokratisch sein? Muss das so im Detail sein?“

Das sind die Fragen, die man sich auf der anderen Seite stellt; also hier wieder ein breites Spektrum. An den Zitaten sieht man ganz gut dieses Thema Menschenbild und auch Staatsverständnis, das da durchscheint.

Summa summarum läuft es auch hier wieder auf das Sowohl-als-auch hinaus. Das hat sich durchgezogen. Einerseits hat man den Staat als fürsorglich gesehen. Er hat sich gekümmert, hat Impfangebote vorgehalten, hat Masken besorgt, hat Aufklärung betrieben. Andererseits haben wir über das Thema Eingriff in soziale Routine, soziale Rituale gehört. Das empfinden einige Leute als übergriffig. So gibt es wieder dieses Sowohl-als-auch, also kein klares Bild, das sich herauskristallisiert, sondern wieder diese beiden Seiten.

Als Folge davon kann man feststellen, dass einige Leute, die eh schon ein bisschen skeptisch gegenüber Staat und Demokratie waren, auch Vertrauen verloren haben; das hat man in den Gruppen gemerkt. Das zeigen auch andere Umfragen.

Interessant war auch, dass vielen eine Differenzierung zwischen Bund und Land schwergefallen ist. Klar, das Ganze liegt schon etwas zurück. Aber wenn wir die Probanden gefragt haben: „Kamen diese Maßnahmen vom Bund oder vom Land?“, war es für sie eher schwierig mit der Zuordnung. Es war vielen Probanden durchaus noch klar, dass es unterschiedliche Regelungen je nach Bundesland gab. Das ist in einem Land wie Hessen, das viele Nachbarbundesländer hat, relativ klar. Man hat beispielsweise von Verwandten in Bayern gehört, was in Bayern erlaubt war, was in Hessen nicht erlaubt war, und so weiter und so fort.

Beim Thema Föderalismus war auch wieder ein Sowohl-als-auch festzustellen. Einerseits hat man das Thema Föderalismus geschätzt, weil die Bürgerinnen und Bürger meinten: Na klar, eigentlich schon ganz gut, wenn man das auf lokaler, auf regionaler Ebene regelt, weil die Pandemie sich nicht überall gleich ausgebreitet hat. – Andererseits dann aber wieder der Hinweis: Das gibt so einen Stimmenwirrwarr von 16 Bundesländern und in der Zeit, in der ich mit Informationen überflutet werde, mindert das so ein bisschen die Einordnung. – So zumindest die Sicht der Bürgerinnen und Bürger.

Jetzt lassen Sie uns ein paar Maßnahmen im Detail anschauen und in einige Maßnahmen werden wir vertiefter reinzoomen, das wären vor allem Maskenpflicht und Impfen. Auch hier haben wir

wieder sehr viel Sowohl-als-auch, manchmal mit einer gewissen Tendenz, einige Sachen besser, einiges schlechter.

Über die Maskenpflicht haben wir gesprochen. Das war eine Maßnahme, die durchaus ein bisschen belastend war, bei der Arbeit oder gerade im Schulunterricht, wenn man Masken tragen muss. Aber tendenziell konnte man sich mit der Maskenpflicht durchaus anfreunden. Also erstens, weil der Staat relativ schnell Handlungsfähigkeit bewiesen hatte und Masken zur Verfügung gestellt hat. Das ist auch eine Maßnahme, die vielleicht nicht ganz so invasiv ist wie zum Beispiel das Impfen. Man kennt sie auch aus anderen medizinischen Kontexten und weiß, dass sie hilft.

Bei den 2G-, 3G-Regelungen wurden tendenziell auch ein paar Probleme gesehen: „Es ist lästig.“ „Es verursacht Plastikmüll.“ In einigen Diskussionen kam auch das Argument auf, dass sich damit vielleicht auch bestimmte Personen, Unternehmen bereichert haben. Aber auch hier wurde festgestellt, dass das Testen einen gewissen Freiraum ermöglicht, wenn man getestet ist, soziale Veranstaltungen zu besuchen, und es gibt auch eine zusätzliche Sicherheit. Als gut wurde auch wahrgenommen, dass diese Testregelungen im Laufe der Pandemie gelockert wurden. Das haben viele Bürgerinnen und Bürger auch erinnert. Das trägt im Nachhinein vielleicht auch dazu bei, diese Testregelung als positiver zu sehen, so nach dem Motto: Der Staat hat Maßnahmen revidiert, hat uns als Bürgerinnen und Bürger auch gehört.

Nicht ganz so überraschend ist, dass das Thema Impfen in den Gruppen am meisten polarisiert hat. Einerseits wurde goutiert, dass der Staat und Wirtschaft, sich darum gekümmert haben, Impfstoffe schnell zu entwickeln und im großen Maße bereitzustellen und das im Laufe der Zeit auch immer besser organisiert wurde. Wir sehen es auch de facto daran, dass ein Großteil der Bevölkerung sich impfen lassen hat.

Gleichzeitig, und da sind wir jetzt wieder beim Thema Eingriff, stellt das Impfen aus Sicht einiger Personen einen der stärksten Eingriffe dar. Da sind wir wieder bei diesem Thema Negativity Bias. Bei der Frage: „Was nimmst du aus der Diskussion über das Impfen mit?“, kommt von vielen das Thema sozialer Druck untereinander. – Bist du geimpft? Bist du nicht geimpft? – Das ist sicherlich eine soziale Nebenfolge, auf die viele hätten verzichten können.

Zu den Maßnahmen Kontaktbeschränkungen, Quarantäne, Lockdowns zeigt sich auch wieder ein gemischtes Bild.

Einerseits gab es positive Aspekte. Man kannte das auch schon vorher als Routine. Wenn ich erkältet bin, wenn ich eine Grippe habe, wenn ich eine andere ansteckende Krankheit habe, ist es durchaus angemessen, mich nicht mit anderen Menschen zu treffen, um sie nicht anzustecken. So gesehen konnte dieses Thema Kontaktbeschränkung an eine sozial gelebte Praxis anknüpfen. So kann man sagen: Okay, verstehe ich, ist nachvollziehbar.

Andererseits waren diese Kontaktbeschränkungen für eine sehr lange Zeit anberaumt, was man von anderen Krankheiten so nicht kannte. Genau das führte dann zu diesen als besonders negativ betrachteten sozialen Folgen, nämlich soziale Isolation etc. und einen Eingriff in mein selbstbestimmtes Leben.

Wir haben von den jüngeren Probandinnen und Probanden oder von den Familien gehört, dass es gerade für die Kinder sehr belastend war, sich in einer wichtigen Lebensphase nicht mit Gleichaltrigen austauschen zu können.

Bei dem Thema Corona-Arbeitsschutz, kann man relativ klar sagen: Das kommt auf den Beruf an. Einige haben sich gefreut: Wunderbar, Homeoffice kann ich machen oder im Büro kann ich mir eine Maske aufsetzen, das passt. Vielleicht ist es auch im Büro leer. – Andererseits, wenn ich zum Beispiel auf dem Bau arbeite, wird es schwierig mit Homeoffice.

Mit am belastendsten wurden die Maßnahmen in den Pflegeheimen gesehen, weil das ein ganz massiver Eingriff in soziale Routinen war. Man konnte seine älteren Verwandten nicht besuchen. Wir haben auch erschütternde Berichte gehört von einigen Personen, die sich nicht von sterbenden Verwandten verabschieden konnten. Das war das Thema, bei dem es in den Gruppen etwas bedrückend war.

Die Maßnahmen wurden in den Bildungseinrichtungen auch als tendenziell schwierig betrachtet. Es gab ein paar durchaus positive Punkte, die wir nicht verschweigen wollen. Als gut wurde empfunden, dass der Staat relativ schnell Tests zur Verfügung gestellt hat. Einige Lehrerinnen und Lehrern fanden den Unterricht in geteilten Klassen, also mit weniger Schülern gut. Man konnte sich einfach intensiver um die Schülerinnen und Schüler kümmern. Sonst ist ja eher die Klage, dass die Klassen zu groß sind.

Dennoch überwiegen die Nachteile. Von den Schülerinnen und Schülern wurden insbesondere Nachteile genannt, die wieder mit dem Thema soziale Isolation zusammenhängen: Man konnte sich wenig mit Freunden austauschen. – Auch der Distanzunterricht wurde negativ bewertet. Die Frage war: Hat man einen Laptop, hat man ein Tablet? – Der Wandel vom Papier zum Digitalen innerhalb kürzester Zeit wurde als schwierig bewertet.

Natürlich mussten auch die Schülerinnen und Schüler ganz neue Routinen erlernen. Natürlich soll Schule vermitteln, das Lernen zu lernen. Aber hier mussten sie sich in Geschwindigkeit selbst organisieren und die Anleitung durch die Lehrer hat gefehlt. Das hat einige überfordert.

Manche Regelungen wurde als schwierig eingeschätzt, beispielsweise die Maskenpflicht auf dem Korridor und auf dem Schulhof, aber nicht am Platz; das war für alle schwer nachzuvollziehen.

Sie sehen, bei den Maßnahmen konnten wir immer ein Sowohl-als-auch feststellen. Ein paar haben wir noch.

Abstandsregeln wurden auch diskutiert. Auch diese Maßnahme konnte man verstehen, so ähnlich wie die Maskenpflicht. Man kannte schon aus vorigen Situationen, also bei Krankheiten, wenn ich krank bin, wenn ich Fieber habe, umarme ich nicht unbedingt einen Freund oder gehe nicht auf eine Geburtstagsfeier. Das konnte man nachvollziehen. Es knüpft also auch hier wieder an eine gelernte soziale Routine an. Natürlich stellte sich auch hier die Frage: Wie stark muss man das denn befolgen?

Die Hygienemaßnahmen gehörten eher zu den Maßnahmen, die man gut fand, weil man das auch schon von der Zeit vor der Pandemie kannte. Gründliches Händewaschen und Desinfektionsmittel zu benutzen sind Maßnahmen, die viele bis heute beibehalten haben. Viele haben auch heute noch ihr Desinfektionsmittel dabei.

Das Absperrn von Spielplätzen wurde tendenziell als schwierig gesehen. Da haben wir gerade von den Familien und von Schülerinnen und Schülern viel Kritik gehört, weil die Spielplätze draußen sind. Da hat man die Wirksamkeit ein bisschen bezweifelt. Es wurde durchaus als sinnvoll gesehen, dass man im Freien nicht toben darf. Dem standen aber wieder die sozialen Kosten gegenüber, also Verlust von Freunden und sozialen Kontakten.

Die Einschränkung des Grenzverkehrs und der Reisen wurde auch gemischt betrachtet: Klar, irgendwie muss man die Pandemie eindämmen, aber wenn man das Gefühl hat, man kann nicht verreisen, ist das auch schwierig.

Das war jetzt ein Überblick; jetzt kommen wir noch einmal vertiefend zu ein paar Aspekten.

Nun detailliert zum Thema Impfen. Da muss man vorausschicken, dass die meisten Teilnehmerinnen und Teilnehmer grundsätzlich anerkannt haben, dass es gut war, dass Impfstoffe entwickelt wurden und dass auch der Staat sich darum gekümmert hat, sowohl was die Entwicklung, als auch was die Verteilung der Impfstoffe angeht.

Jetzt kommen ein paar Abers. Das Thema Impfen war schon vor der Pandemie durchaus ein polarisierendes Thema und uns wurde zurückgespielt, dass es in der Pandemie noch polarisierender wurde. Das ist auch eine Sache, die nachhängt.

Gerade aus den Gesundheitsberufen, aber auch von anderen, konnten wir hören, dass die Ablehnung einer Impfung zum Jobverlust führen konnte. Es gab gewissermaßen eine Impfpflicht in Pflegeheimen etc. Das medizinische Personal, das wir befragt haben, stand dem Impfen prinzipiell offen gegenüber. Alle waren geimpft. Hinsichtlich der Corona-Impfung kam die Frage auf: Was mache ich denn jetzt mit Pflegerinnen und Pflegern oder Kräften, die sich nicht impfen lassen? Das hat dann durchaus zum Unfrieden an der Arbeit geführt.

Zum Teil, da sind wir auch wieder beim Thema Informationsüberfrachtung, waren einige auch enttäuscht. Sie haben gesagt: „Na ja, ich dachte, wenn ich geimpft bin, werde ich nicht krank.“ Wir alle wissen, dass das nicht unbedingt eins zu eins stimmt, aber solche Punkte haben sich die Leute vorgestellt. Natürlich war klar, dass es ein neuer Impfstoff war, weil es auch eine neue Krankheit war. Aber dann waren einige auch durch Medien oder soziale Medien verunsichert: Ist das denn alles so sicher gewesen? Man weiß es nicht. – Also auch hier wieder ein Sowohl-als-auch. Dazu noch ein paar Erkenntnisse aus der Forschungsliteratur.

Herr **Martin Meyer**: Werfen wir einen Blick auf die Erkenntnisse aus der Forschungsliteratur zum Thema Impfen. Eine Erkenntnis ist die, dass einige Bürgerinnen und Bürger Bedenken gegenüber

den entwickelten Impfstoffen hatten, weil die mit sehr hoher Geschwindigkeit entwickelt wurden. Also diese Erkenntnis deckt sich mit den Erkenntnissen aus den Fokusgruppen.

Kommen wir nun zur Studie von Pfadenhauer et al., die zeigt, wie Lebensskeptikerinnen und Lebensskeptiker, die eigentlich in der gesellschaftlichen Mitte standen, in Lebenswelten gelangt sind, in denen gegenüber der etablierten Wissenschaft und den politischen Maßnahmen Skepsis geäußert wurde. In diesen Lebenswelten herrschten und kursierten sehr viele alternative Fakten.

Die Autoren Pfadenauer et al. haben auch festgestellt, dass diese Impfskeptikerinnen und Impfskeptiker durch eigenständige Recherche versucht haben, zu Informationen zu kommen; das Ziel der Recherche aber keine kritische Auseinandersetzung mit diesen Inhalten war, sondern eine Bestätigung der eigenen Sichtweise.

Eine weitere interessante Studie kommt von Wüller et al. Sie haben sich mit Aufklärungsgesprächen im Vorfeld von Corona-Impfungen auseinandergesetzt und sind zu der Erkenntnis gekommen, dass diese ein wirksames Mittel darstellen, wenn Personen noch unentschlossen sind. Diese Aufklärungsgespräche können dabei helfen, diesen Personen bei der Entscheidungsfindung Unterstützung zu leisten. Allerdings zeigt sich auch, dass diejenigen, die besonders gefestigte Meinungen hatten, nicht durch Aufklärungsgespräche zu erreichen sind. Aber das ist auch etwas, was wir aus anderen Studien kennen und wissen. Sobald gefestigte Meinungen vorherrschen, lassen sich diese nur schwer verändern.

Für die Praxis schlussfolgern die Autoren, dass die Aufklärungsgespräche generell auf Freiwilligkeit basieren sollten und man verstärkt auf die individuellen Bedenken von Frauen eingehen sollte, die im Zusammenhang mit Risiken der Impfung und eventueller Familienplanung stehen.

Herr **Dr. Tomas Jerković**: Neben dem Thema Impfen haben wir noch zwei weitere Punkte vertieft; das ist schon angeklungen.

Das Thema Maske war eine Maßnahme, die tendenziell positiv gesehen wurde mit allen Nachteilen, die es gibt. Prinzipiell war es eine der ersten Maßnahmen, die durchgeführt wurde. Es war auch eine relativ einfache Maßnahme, die durchaus akzeptiert wurde. Dennoch kamen auch hier ein paar kritische Punkte.

Einerseits haben wir von Lehrern gehört: „Ich war auf einmal in der Rolle des Staates. Also ich musste die Maskenpflicht bei den Schülerinnen und Schülern durchsetzen.“ Also wieder eine Veränderung einer sozialen Routine, einer sozialen Rolle, die man eigentlich gar nicht so auf dem Schirm hatte und die einem vielleicht nicht unbedingt liegt.

Erzieherinnen und Erzieher mussten mit Maske arbeiten, haben wir gehört. Das ist gerade schwierig, wenn man mit kleineren Kindern zu tun hat. Die müssen aus der Mimik und der Gestik lernen und konnten die Gesichter der Erzieherinnen nicht sehen.

Aus den Apotheken haben wir gehört, dass sie schnell mal überlastet waren, weil jeder Masken haben wollte. Das war auch eine ganz neue Rolle, die ihnen zugeteilt wurde.

In den Gruppen wurde immer wieder die Frage angesprochen: Wann waren die Maske denn überhaupt notwendig? – Also das beste Beispiel war aus den Schulen. Wie war es am Pult? Wie war es auf dem Korridor? Wie war es auf dem Spielplatz davor? – Es ist schwierig, da die Abgrenzung zu treffen.

Wir haben auch in allen Gruppen immer wieder gehört, dass man Ermahnungen gehört hat, sei es von Ordnungskräften oder eben auch von Mitbürgerinnen und Mitbürger, die sich als Aufpasser geriert haben: „Warum hast du deine Maske nicht auf?“ Oder auch genau umgekehrt: „Warum trägst du denn diese blöde Maske?“ Das hatten wir beides und daran hat sich dann auch die eine oder andere Diskussion entsponnen.

Das Thema Quarantäne war ein kritisches Thema, weil Quarantäne in Richtung jemanden wegsperrt geht. Die Probandinnen und Probanden haben das eine oder andere nachvollziehen können, beispielsweise beim Thema Distanz halten. Aber wenn man in der eigenen Wohnung Quarantäne halten musste, hat man wirklich das Gefühl gehabt, man ist weggesperrt von den anderen. Natürlich wurde gesehen, dass es der Gesundheit dient.

Gut war auch, dass die Maßnahmen sukzessive korrigiert wurden. Das wurde positiv bewertet. Das zieht sich auch so durch, wenn Maßnahmen revidiert, korrigiert wurden. Das kam auch bei dem Thema Testing eher positiv an hinsichtlich der Einstellung zum Staat.

Die Kontaktbeschränkungen wurden tendenziell auch eher als wirksame und nachvollziehbare Maßnahme gesehen, weil man sie aus anderen Krankheitsfällen kannte: Also, wenn ich erkältet bin, wenn ich eine Grippe habe, vermeide ich den Kontakt mit anderen Leuten. Das ist nachvollziehbar; wobei die Quarantäne natürlich eine stärkere Form darstellt. Ansonsten wurde diese Maßnahme, gerade aus dem Bereich Pädagogik oder von den Kindern und Jugendlichen, als relativ starke Maßnahme wahrgenommen, weil sie die soziale Isolation und Spaltung unter Kindern und Jugendlichen gefördert hat.

Dann gab es noch sehr viele Detailregelungen: Wie viele Leute dürfen in ein Zimmer? Wer darf mit wem zusammen sein aus den verschiedenen Familien? – Die Wahrnehmung war: Das ging immer ein bisschen hin und her und war etwas willkürlich.

Summa summarum, was können wir lernen? Diese Bewertungen ziehen sich über alle Zielgruppen hinweg. An der einen oder anderen Stelle haben Sie gesehen, dass ich versucht habe, Schwerpunkte zu setzen.

Grundsätzlich kann man sagen, dass aus dem Bildungssektor durchaus viel Kritik kam. Da ging es insbesondere um das Thema Bedürfnisse von Kindern und sogar um das Thema Isolation. Das wurde hervorgehoben, auch wenn, wie gesagt, aus Sicht der Lehrerinnen und Lehrer manchmal kleinere Klassen ganz nett waren.

Beim Gesundheitswesen lautete die Kritik, man habe bürokratischen Einschränkungen gehabt, Zusatzbelastungen gehabt und vieles habe aktionistisch gewirkt. Man hat das Gefühl gehabt, einerseits braucht die Wissenschaft Zeit, um Impfstoffe zu entwickeln, was auch gut ist. Andererseits handelt der Staat relativ schnell. Zusätzlich kam bei dieser Gruppe das Argument hinzu,

dass es Unfrieden unter den Kolleginnen und Kollegen gab, die dem Thema Impfen skeptisch gegenüberstanden oder sich nicht haben impfen lassen.

Bei der Gruppe der Jugendlichen war, ähnlich wie im Bildungssektor, das Thema soziale Isolation wichtig. Da kam die Klage auf: Na ja, die Politik hat uns vergessen. Die Politik war eher für die älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger.

Die Gruppe „Wirtschaft und Arbeit“ war ambivalent. Einerseits fand man es durchaus gut, dass der Staat durch Kredite und durch Förderung geholfen hat. Andererseits fanden es einige schwierig, Homeoffice umzusetzen. Hinzu kam auch die eine oder andere Klage zu der Rückzahlung der staatlichen Förderungsmittel.

Bei Familien und Angehörigen war das Thema soziale Verwerfung, soziale Isolation, Kontaktbeschränkungen sehr wichtig.

Ähnlich war das auch bei den Vereinen. Die Vereine sind gerade dafür da, sozialen Zusammenhalt zu fördern. Corona und die Distanzregelungen bewirkten eher das Gegenteil. Gerade in den Vereinen ist man auch durchaus besorgt über die Spätfolgen sozialer Verwerfungen.

Kommunikation der Maßnahmen. Wir haben natürlich auch über die staatliche Kommunikation gesprochen. Die Maßnahmen gingen mit Kommunikation einher; und auch dort ist wieder ein Sowohl-als-auch festzustellen.

Man hat auch hier ganz klar gesehen, es war eine Ausnahmesituation, über die viele sagen: Das war so eine komplizierte Situation. Ich finde, der Staat hat sich gut geschlagen. Gar nicht so einfach, das besser zu machen. – Zum Teil gab es explizites Lob, zum Beispiel an die Gesundheitsämter. Wir haben von den Personen aus dem Gesundheitsbereich gehört, dass es teilweise überraschend unbürokratisch ging. Diese Aussage kam von Personen, die ein hohes Vertrauen in den Staat haben.

Aber es gab auch hier genau das Gegenteil. Personen, die die Maßnahmen als belastend empfunden haben, haben dann auch die Kommunikation über die Maßnahmen als belastend empfunden.

Oft wurde auch die Kritik genannt, dass es viel Hin und Herr gab, viele Stimmen. – Das muss man sich klarmachen: Corona war eine Zeit, in der es einfach eine Überinformation gab. Es war eine Zeit, in der man sich nicht tausend anderen Sachen widmen konnte, sondern viele sonstige Routinen waren unterbrochen und der Medienkonsum war in dieser Zeit sicherlich etwas höher als sonst. Das wird dann auch gespiegelt durch die Bürger und Bürgerinnen, die sagen: Na ja, Informationen habe ich nicht zu wenig gehabt, sondern eigentlich zu viel. Da ist es natürlich schwierig mit der Einordnung gewesen.

Schwierig ist auch, dass sich alles vermengt hat. Also was war eigentlich staatliche Kommunikation? Sind Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler oder andere Experten Teil der staatlichen Kommunikation?

Logischerweise ist es auch so, und das haben auch viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer so gesagt: Man wusste ja nicht, wie es ist. Man hat immer neue Erkenntnisse. – So zeigt sich ein fast nicht lösbares Spannungsfeld, was auch den Bürgerinnen und Bürgern klar ist.

Einerseits wünscht man sich in so einer Krisensituation, wie in vielen Krisensituationen, eine klare Ansage, man wünscht sich Transparenz: So soll es gehen. Andererseits will man aber auch all-gemeingültige Regeln haben, die wiederum an die jeweilige Situation angepasst werden. – Das ist schwierig: einerseits klare Ansagen, andererseits Anpassung.

Die Probandinnen und Probanden haben auch das Gefühl geäußert, die staatliche Kommunikation sei eher über Dritte, also über Medien, Nachrichtenportale und seltener vom Staat selbst gekommen. Keiner hat gesagt: Ich erinnere mich noch an die Rede von Politiker XY. Man hat sich erinnert an Personen, an Politiker, die in Talkshows waren oder Interview gegeben haben, aber weniger an Reden von Politikern. Das hat dann auch dazu beigetragen, dass man so eine gewisse Distanz zwischen Bürgern und Staat empfunden hat.

Was man auch noch sagen kann, ist, dass das Thema Föderalismus eine gewisse Rolle gespielt hat. Wir hatten es schon bei den Maßnahmen gesehen, dass man nicht genau wusste, was gilt in Bayern, was gilt in Hessen. So war es dann auch bei der Kommunikation. Da muss zwangsweise jedes Bundesland anders kommuniziert haben.

Föderalismus ist ein gutes Stichwort. Das haben wir auch noch einmal vertieft. Hierzu mein Kollege Martin Meyer.

Herr **Martin Meyer**: In den Gruppen gab es eine Wahrnehmung einer pluralen Uneinheitlichkeit und Ungleichzeitigkeit, was das Bild eines chaotischen Staates vermittelt hat.

Wenn wir uns dazu die Erkenntnisse aus der Forschungsliteratur anschauen, sind die auch noch einmal ganz interessant als Interpretationsfolie.

Die Studie von Reus 2021 kommt zu dem Schluss, dass die mediale Berichterstattung zum Föderalismus im Zeitraum von März bis September 2020 mehrheitlich negativ ausgefallen ist. Man muss aber auch dazu sagen, dass sie auch schon im Pandemievorfeld negativ ausgefallen ist und auch die erfolgreiche Stabilisierung des Infektionsgeschehens trotz dieser unterschiedlichen Lockerungen in den einzelnen Ländern medial gesehen zwar zu weniger negativen Meldungen, aber nicht zu signifikant mehr positiven Statements führte. Also kommt Reus dann zu dem Schluss, dass eher negativ über den Föderalismus im Pandemiezeitraum berichtet wurde.

Eine Studie, die auch in diesem Zusammenhang an die Ergebnisse aus den Fokusgruppe anschließt, vor allem an die Wahrnehmung einer föderalen Uneinheitlichkeit und Ungleichzeitigkeit, ist die Studie von Lenz et al., die zeigt, dass das föderale System im Hinblick auf die Bewältigung der Corona-Pandemie im Zeitverlauf als weniger hilfreich eingestuft wurde. Dabei handelt es sich um eine repräsentative Umfrage im Zeitraum vom März 2020 bis 2021.

Herr **Dr. Tomas Jerković**: Ja, das ist so ein kleines Dilemma, das man durch den Föderalismus erleben durfte. Das wird etwas negativ geframed. Eigentlich wird der Föderalismus als eine gute Sache wahrgenommen, gerade in Zeiten der Corona-Pandemie, dass man wirklich lokal handeln kann. Andererseits wird das Handeln als uneinheitlich wahrgenommen.

Wir haben mit den Probandinnen und Probanden noch eine kleine Übung gemacht, die will ich hier nicht vorenthalten, eine kleine Bilderübung. Einerseits kam dabei heraus, dass der Staat durchaus als fürsorglicher Vater wahrgenommen wird, der Wissen sammelt; tendenziell hat aber hierbei die negative Sicht auf die staatliche Kommunikation überwogen: Also relativ streng bestimmt, distanziert und sehr detailversessen, statt das große Ganze im Blick zu haben.

Wir haben auch hier wieder ein Sowohl-als-auch, wenn wir das zusammenfassen. Einerseits wurde als gut an der Kommunikation gesehen, dass man ehrlich war, der Staat hat Verantwortung übernommen, es wurde auch mal gesagt: Wir wissen es noch nicht, wir müssen auf Sicht fahren. – Das wirkt ehrlich, das wirkt aufrichtig. – Der Staat war differenzierend bei den Maßnahmen, er hat verschiedene Kanäle genutzt, es gab auch nahbare Kommunikation. Der ein oder andere erinnert sich, dass Politiker ehrlich waren und gesagt haben: Wir wissen nicht genau, was das ist, aber wir versuchen unser Bestes.

Andererseits wird dieses wenig einheitliche Bild wahrgenommen und diese häufigen Änderungen von Regelungen, die man zum Teil nicht nachvollziehen konnte. Das Problem war sicherlich auch, dass sich die Kommunikation zum Teil verselbstständigt hatte, wo es dann vielleicht nicht nur um die Maßnahmen selbst ging, sondern in die politische Auseinandersetzung gelaufen ist, dass man auf Basis von Maßnahmen etc. dem politischen Gegner eins auswischen wollte. Das kam auch nicht besonders gut an.

Wo hat man sich informiert? Kurze Zusammenfassung: Ziemlich viel und ziemlich überall, weil es eine Phase war, in der man zu viel Zeit hatte und sehr vielen Medien ausgesetzt worden ist. Wie schon gesagt, die staatlichen Kanäle wurden gar nicht so häufig genutzt, sondern eher die klassischen Nachrichtenportale wie „Tagesschau“, „hessenschau“ oder auch Zeitungen, die „FAZ“ und so weiter und so fort, die man kennt. Wir haben aber auch häufiger vom RKI gehört. Aber natürlich haben die sozialen Medien eine große Rolle in der Verbreitung von Informationen oder von fragwürdigen Informationen gespielt. Wenn man sich aus so vielen verschiedenen Quellen informiert, ist es nachvollziehbar, dass es für einige Bürgerinnen und Bürger einfach schwer war, sich ein klares Bild zu verschaffen.

Beim Thema staatliche Kommunikation haben wir, wie bei den Maßnahmen, in der Wahrnehmung wieder Sowohl-als-auch sowie einerseits – andererseits.

Wir wollen die Präsentation beenden mit dem, wie wir auch die Gruppen beendet haben: Was wünschen sich eigentlich die Bürgerinnen und Bürger? – Wir werden versuchen, die Wünsche der Bürgerinnen und Bürger nach den sechs Bereichen aufzuschlüsseln, aber auch hier gibt es übergreifende Ergebnisse.

Wir haben am Schluss die Leute gefragt: Stellt euch vor, die nächste Pandemie kommt. Was wünscht ihr euch? – Da gibt es einige Ängste: Einerseits, der Staat macht gar nichts. – Das wäre auch nicht gut, wenn der Staat sich komplett heraushält. Der Staat hat eine Schutzfunktion. Der Staat überlässt alle sich selbst und jeder schlägt sich durch – das geht nicht.

Aber genau das Gegenteil wäre auch nicht gut: Der Staat handelt autoritär. Der Staat setzt rigoros jede Maßnahme durch, die es gibt. – Da sind wir wieder beim Thema Staatsverständnis, wieder so extreme Sicherheit, extreme Freiheit. Beides wollen wir auch nicht.

Eine dritte Furcht wäre: Der Staat fängt wieder von vorne an, genauso wie es vorher war. Also er hat aus dieser Pandemie nichts gelernt. – Das wäre das dritte Horrorszenario, das uns und die Bürgerinnen und Bürger zurückgespielt haben.

Welche Hoffnungen wurden verbunden? – Einerseits, soweit es geht, wirklich pragmatische, nachvollziehbare Regelungen, gerade was das Thema Kontakt, sozialer Austausch angeht. Da war der größte Schmerzpunkt dieser Eingriff in soziale Routinen, Rituale. Man hat dafür Verständnis gehabt, ganz klar, aber das war massiv.

Wir haben oft gehört: Wie kann man sozialen Austausch mit einem gesunden Menschenverstand und Offenheit regeln?

Auch faktische Maßnahmen: schnelle Versorgung mit Tests und Impfstoffen. Wir haben gehört, es gab Diskussionen zum Thema Testen. Es gab Diskussionen zum Thema Impfen. Die Mehrheit hat gesagt: Okay, es ist gut, dass der Staat Impfstoffe bereitgestellt hat.

Idealerweise wäre auch, soweit es geht, Klarheit und Transparenz. Das ist eine schwierige Sache, aber das ist eben das, was die Bürgerinnen und Bürger sich wünschen, eine Ehrlichkeit.

Einige Bürgerinnen und Bürger zeigten sich auch belastet durch das massive Aufkommen von Fake News, und wünschten sich, dass man dem etwas entgegensetzt, soweit es geht.

Darüber hinaus gab es noch weitere Erwartungen. Eine Sache kam relativ schnell: Der Staat soll aus den Fehlern lernen und Fehler identifizieren.

Am Schluss haben die Bürgerinnen und Bürger fast immer gefragt: Für wen führen Sie diese Fokusgruppeninterviews? Da sind wir natürlich verpflichtet, zu sagen, dass wir das für den Hessischen Landtag machen. Das kam in der Regel sehr gut an, dass Sie diese Befragung in Auftrag gegeben haben; diese Auseinandersetzung wünscht man sich auch.

Die meisten Bürgerinnen und Bürger wünschen sich auch, dass der Staat in solchen Situationen reagiert. Also nicht reagieren wäre falsch, übergriffig reagieren wäre auch falsch; aber der Staat soll auf jeden Fall da sein. Gewünscht wurde sich auch, dass der Fokus auf effizienten Maßnahmen statt auf politischem Klein-Klein liegt. Das ist auch das, was ich versucht habe, bei der Kommunikation darzustellen: Es ging oft von der sachlichen Ebene relativ schnell in die politische Auseinandersetzung über. Das mag so sein, aber bei den Bürgerinnen und Bürgern kam das

nicht unbedingt gut an. Damit einhergehend wünschen sich viele eine Verbesserung der Kommunikation zwischen Staat und Bürgerinnen und Bürgern.

Welche Maßnahmen wünschen sich die Probandinnen und Probanden für die Zukunft? Wie schon gesagt, Testmöglichkeiten, Masken, Impfstoff etc., dass alles schon organisiert im Vorratslager bereitliegt. Viele haben gesagt: Wir mussten Masken aus China oder so besorgen, das kann doch gar nicht sein, wir sind doch in Deutschland. Es wäre nicht schlecht, wenn man nach dem Motto verfahren würde: Nach der Krise ist vor der Krise; also wieder dieses Thema Lernen, dass man sich Maßnahmen überlegt, was man in Zukunft machen könnte, wenn wieder etwas passiert.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer wünschen sich weniger kleinteilige Regelungen, beispielsweise: Wie viele Personen dürfen auf einer Bank sitzen? Ist das wirklich die wichtigste Regelung oder gibt es da vielleicht noch andere, wichtigere Regelungen?

Ein ganz starker Punkt, der immer wieder angesprochen wurde: Diese emotionalen Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen; das war wirklich ein großer Pain Point, der sich durchgezogen hat.

Eine große Sache war das Thema Menschenbild, Staatsverständnis: irgendwo zwischen Risiko eingrenzen und Begegnung im Alltag zulassen.

Wichtig wurde auch angesehen, die Bürgerinnen und Bürger mitzunehmen. Also der Staat, Sie haben es in der Bildübung gesehen, kam zum Teil als oberlehrerhaft rüber: Wir erzählen euch, wie es geht. – Das stößt gerade den Leuten auf, die ein Bild von den mündigen Bürgerinnen, von freiheitsliebenden Bürgern haben. Sie rieten dazu: Nehmt uns mit, erklärt es uns. Wir sind durchaus erwachsen.

Ein anderer Punkt: An der einen oder anderen Stelle kam die Diskussion auf das Thema Kosten: Was hat denn der Impfstoff gekostet? Die Masken? – Da wurde der Wunsch nach Transparenz geäußert; auch wenn viele konzidiert haben, dass es gut war, dass der Staat Geld in die Hand genommen hat.

Dann zum Thema Informationen. Wir haben feststellen können, dass diese Zeit von Überinformation geprägt war, was einige Probandinnen und Probanden als herausfordernd wahrgenommen haben. Sie wünschen sich eine gewisse Einordnung: Was ist neutral? Was ist nicht neutral?

Geäußert wurde auch der Wunsch an den Staat, Mut zu haben, getroffene Entscheidungen zu revidieren. Wir haben es bei einigen Maßnahmen gesehen, deren Anwendungen revidiert wurden, zum Beispiel die Testpflichten, die Kontaktregelung. Da, wo die Bürger in Erinnerung hatten, dass diese Maßnahmen revidiert wurden, da fühlten sie sich ernst genommen und abgeholt. Für die Kommunikation in Zusammenhang mit den Maßnahmen wünschen sich die Teilnehmenden tendenziell: eher empfehlen statt befehlen.

Jetzt schauen wir uns noch einmal die sechs Sektoren im Genaueren an. Einiges wird doppelt sein, aber auch da wurden klare Wünsche artikuliert, die wir mit der Forschungsliteratur abgeglichen haben.

Wir starten mit dem Bildungssektor. Ich habe es schon ein paar Mal gesagt, das war sicher ein Bereich, in dem wir sehr emotional diskutiert haben – eigentlich hatten wir das überall –, aber hier war es besonders.

Zum Thema Schulen. Ein großer Pain Point waren die geschlossenen Schulen, die Isolation. Gewünscht wurde hierzu, die Schulen tendenziell offen zu halten, um eine gesunde soziale Entwicklung von Kindern zu gewährleisten. Das war auf einer pädagogischen Ebene sehr wichtig. Gleichzeitig sollte die digitale Ausstattung von Schulen verbessert werden, falls es wieder zu so einer Ausnahmesituation kommt. Wir haben alle eine Zwangsdigitalisierung erleben müssen, gerade in Schulen. Das Gefälle bei der Ausstattung der Schülerinnen und Schüler war teilweise sehr groß; es hing vom Geldbeutel der Eltern ab, was man sich leisten konnte.

Für die Schulen bestand auch der Wunsch, die Regelungen für das Maskentragen zu überdenken: Wo muss ich sie tragen?

Diese Primärdaten, die Erkenntnisse finden wir zum Teil auch in der Forschungsliteratur in den Sekundärdaten wieder.

Herr **Martin Meyer**: In den Fokusgruppen wurde der Wunsch geäußert, Einrichtungen offen zu halten und dieser Wunsch der lässt sich sehr gut nachvollziehen.

Die Studie von Richter 2024 kommt zu dem Befund, dass Homeschooling insbesondere von den Müttern übernommen wurde und dass das für die Mütter, aber auch für die beschulten Kinder einen großen Einschnitt in die gelebten Routinen bedeutet hat.

Der Wunsch, Einrichtungen offen zu halten, der wird auch noch einmal klar, wenn man sich zum Beispiel die Studie von Neuberger et al. anschaut. Sie kommen zu dem Ergebnis, dass bei 10 % der unter 8-jährigen Kinder die Kitaschließungen zu einem Anstieg an den Verhaltensproblemen geführt haben. Allerdings zeigte sich laut dieser Studie auch, dass diese berichteten Verhaltensprobleme mit der Wiedereröffnung deutlich zurückgegangen sind. Vor diesem Hintergrund schlussfolgern die Autoren, dass die primäre Ursache für diese Verhaltensprobleme die Schließungen waren, aber dass man, weil die Verhaltensprobleme nach der Wiedereröffnung der Kita zurückgegangen sind, nicht von Langzeitfolgen ausgehen sollte.

Ein anderer Wunsch, der auch in den Fokusgruppen artikuliert wurde, war der nach mehr Digitalkompetenz. Das Ergebnis der Studie von Eickelmann et al. zeigt, dass die Nutzung digitaler Medien im Unterricht, sei es von Schülern oder Lehrern, im internationalen Vergleich unterdurchschnittlich ist.

In die gleiche Richtung gehen Frohn und Heinrich. Sie sagen, dass in der Aus- und Weiterbildung von Lehrkräften in Bezug auf den Einsatz digitaler Medien Bedarf besteht.

Vor diesen zwei Studien lässt sich der Wunsch, der in den Fokusgruppen artikuliert wurde, nachvollziehen.

Herr **Dr. Tomas Jerković**: Kommen wir zum nächsten Sektor. Das war der Gesundheitssektor. In der Fokusgruppe mit den Personen aus dem Gesundheitswesen wurde deutlich zurückgespielt, dass der Draht zu den Gesundheitsämtern offensichtlich als vorteilhaft, als gut angesehen wurde und man wünscht sich, dass es beibehalten wird. Also nach dem Motto: Ich habe immer schnell jemanden erreicht, es gab unbürokratische Informationen, der Austausch war gut. – Man wünscht sich, dass das beibehalten wird.

Bei den Vertretern aus dem Gesundheitswesen stehen die Themen Gesundheit und Heilung an erster Stelle. Sie sind sich bewusst gewesen, dass Wissenschaft von neuen Erkenntnissen, von Falsifikationen, von Thesen lebt. Sie haben vor allem die Panikmache in den Medien als sehr negativ wahrgenommen.

Sie berichteten von Patientinnen und Patienten, die mit Panik und mit Ängsten zu den Ärzten kamen, nach dem Motto: Ich habe dort dieses und jenes gehört. – Das passt nicht ganz zu dem Selbstbild oder zu dem, wie Ärztinnen und Ärzte agieren möchten. Sie wünschen sich natürlich mehr sachliche Informationen. Sie möchten Aufklärung. Sie möchten, dass man sachliche Informationen anbietet. In der Gruppe haben sie eine gewisse Skepsis gegenüber den öffentlichen Impfkampagnen geäußert, weil sie das Gefühl hatten, dass das zu einem gewissen Unfrieden führen kann, wenn man so starke Impfkampagnen durchführt.

Die Gruppe spricht sich für sachliche und wissenschaftliche Information und Aufklärung aus. Ein ganz wichtiger Aspekt, auf den die Vertreter aus dem Gesundheitswesen hingewiesen haben – die meisten waren Wissenschaftler – ist, alles aufzuarbeiten, was falsch lief und auf Basis der Evidenz neue Schlüsse zu ziehen.

Die Forschungsliteratur gibt uns auch ein paar ganz interessante Hinweise.

Herr **Martin Meyer**: Zum Beispiel schließen die Ergebnisse von Weigl 2024 sehr gut an den Wunsch an, dass man einen guten Draht zu den Gesundheitsämtern pflegen sollte. Weigl kommt zu dem Schluss, dass Gesundheitsämter gerade in der Anfangsphase und auch bei der Impfung in Gemeinschaftseinrichtungen eine zentrale Rolle eingenommen haben. Er plädiert dafür, sollte es zu einer erneuten Pandemie kommen, den Stellenwert von Gesundheitsämtern noch einmal aufzuwerten.

Ein Wunsch, der in der Fokusgruppe geäußert wurde, war, diese Panikmacher der Medien einzudämmen. Dieser Wunsch wird auch nochmal sehr verständlich, wenn man sich die Studie von Mühlhauser et al. anschaut, denn sie kommt zu dem Ergebnis, dass relevante Kriterien wissenschaftsbasierter und verständlicher Risikoinformation, sei es von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, sei es von Politikern und Politikerinnen, als auch von Medienvertretern, nicht immer angemessen berücksichtigt wurden. Zum Beispiel fehlt es an einem Framing of Data. Es

wurden absolute Daten ohne Referenzdaten in den Raum gestellt, was dann eine Interpretation deutlich erschwert. Außerdem stellten die Autoren fest, dass eine alarmierende Sprache verwendet wurde, was in der Folge Ängste auslöste und zu einer Überschätzung von Risiken führte.

Insgesamt, das zeigt die Forschungsliteratur, zum Beispiel Holl et al., war die Pandemie für Fachkräfte im Gesundheitswesen einfach eine hohe Belastung. Allerdings haben Holl et al. gleichzeitig festgestellt, dass die Hilfsangebote in diesem Zusammenhang sehr schwach frequentiert wurden.

Diese Ausgangsstellung haben wir als Anlass für eine Studie genommen, um zu erfragen: Wie könnte man denn die Inanspruchnahme von Hilfsangeboten in Zukunft fördern, falls es noch einmal zu einer Pandemie kommen sollte? Da standen ganz basale Vorschläge am Ende als Ergebnis, zum Beispiel eine einfache, zentrale und übersichtliche Darstellung der Hilfsangebote oder Kommunikation von Datenschutzmaßnahmen, damit die Betroffenen wissen, dass ihre Anonymität gewahrt wird, sofern sie sich an einen Hilfesteller wenden.

Herr **Dr. Tomas Jerković**: Dann schauen wir uns den Bereich „Kinder und Jugendliche“ noch einmal an. Hier steht die Aussage im Fokus, dass sich diese Gruppe als Bürgerinnen und Bürger zweiter Klasse gefühlt hat. Kinder und Jugendliche haben uns berichtet, die Isolation, die sie erlebt haben, wäre sehr belastend gewesen. Die Gruppe äußerte auch das Gefühl, eher ältere Zielgruppen standen im Fokus und weniger Kinder und Jugendliche.

Damit einhergehend haben sie die Frage aufgeworfen, ob die Schule wirklich komplett geschlossen werden muss, denn dann hat man überhaupt keinen Kontakt mehr. Man kann ihrer Ansicht nach das eine oder andere online regeln, wenn die infrastrukturellen Voraussetzungen gegeben sind.

Ein weiterer Aspekt einiger Schülerinnen und Schüler war: Nehme ich irgendwelche Nachteile mit aus der Pandemie, beispielsweise für meine berufliche Laufbahn?

Generell möchte man, dass man sich auch als junger Mensch beim Staat in guten Händen fühlt.

Dazu ein paar Erkenntnisse aus der Forschungsliteratur.

Herr **Martin Meyer**: Die Forschungsliteratur zeigt, dass diese Wünsche doch sehr nachvollziehbar sind, wenn man sich zum Beispiel Ludwig-Walz et al. anschaut, die zu der Erkenntnis kommen, dass es zu einer moderaten Zunahme von Angstsymptomen und Depressionen bei Kindern und Jugendlichen gekommen ist, insbesondere bei den 14- bis 15-Jährigen, und dass dieser Anstieg eben kausal mit Schulschließungen zusammenhängt.

Insgesamt zeigte sich auch, dass die Pandemie für Kinder und Jugendliche einfach eine Belastung darstellte und diese Belastung verschiedene Facetten hatte. Einmal die Angst vor dem Virus selbst, die Angst als Infektionsträger für die Erkrankung zu fungieren und dann vielleicht auch im schlimmsten Fall sogar für den Tod der eigenen Großeltern verantwortlich zu sein.

Corona-Maßnahmen in Form von Einrichtungsschließungen und Kontaktbeschränkungen stellten eine Belastung dar. Was man in diesem Zusammenhang auch erwähnen sollte, ist, dass es für diese Kinder und Jugendlichen eine Zeit der verpassten Chancen war. Zum Beispiel konnten sie Auslandsaufenthalte nicht in dem Maße oder in dem Umfang antreten, wie es Kohorten vor ihnen machen konnten oder jetzt mittlerweile wieder können.

Herr **Dr. Tomas Jerković**: Wirtschaft und Arbeit. Die Vertreter dieser Gruppe legen die Maßstäbe aus ihrem professionellen Umfeld auch für den Staat an. Der Hauptpunkt ist, die Maßnahmen, die man im eigenen Unternehmen für das Projektmanagement hat, würde man auch gerne beim Staat sehen, also idealerweise effizient, schnell und agil. Genau wie ich im Betrieb reagiere, so sollte idealerweise auch der Staat handeln. Der Staat sollte im Vorfeld einen Krisenstab zusammenstellen, dafür sorgen, dass man die richtigen Ressourcen nutzt, auch schon Dinge auf Lager hat und Experten aus der Praxis für wichtige Sachfragen hinzuziehen. So, wie es die meisten Unternehmen tun sollten: gelerntes Umsetzen, Fehler schnell korrigieren. Alles in allem: gut vorbereitet sein für die nächste Krise.

Diskutiert wurde auch das Thema Rückzahlung finanzieller Hilfen. Es wurde als hilfreich und gut betrachtet, dass der Staat eingesprungen ist. In der Diskussion ergab sich die Frage: Muss ich jetzt wirklich alles zurückzahlen, wie streng ist der Staat?

Für den Bereich „Wirtschaft und Arbeit“ hören wir nun aus der Forschungsliteratur das eine oder andere dazu.

Herr **Martin Meyer**: Das schließt an den Punkt finanzielle Hilfen an. Das Institut der deutschen Wirtschaft kommt zu dem Ergebnis, dass Soforthilfen und Überbrückungshilfen im Pandemiejahr 2020 insgesamt zu langsam und auch nicht in ausreichender Höhe ausgezahlt wurden.

Herr **Dr. Tomas Jerković**: Eltern, Senioren, Angehörige. In dieser Gruppe geht es wieder ganz stark um das Thema Kontakt, soziale Isolation, soziale Teilhabe. Dabei wurde angeregt, in der nächsten Pandemie genau zu überlegen, welche Kontaktbeschränkungen wirklich notwendig sind, welche beibehalten werden müssen, welche eingestampft werden sollten. Insgesamt hat sich die Gruppe eher für Empfehlungen statt Anordnung ausgesprochen, nach dem schwedischen Vorbild, und idealerweise keinen Lockdown mehr.

Gerade Eltern, die sich um die Erziehung und um die Werte ihrer Kinder kümmern, haben sich stark belastet dadurch gefühlt, dass einige Menschen an den Pranger gestellt wurden. Egal in welche Richtung: Du Impfgegner, du Impfverweigerer etc. Es wäre wünschenswert, dass diese sozialen Verwerfungen, die einige noch bis heute belasten, in Zukunft so nicht mehr auftreten. – Ähnliches hören wir auch aus der Forschungsliteratur.

Herr **Martin Meyer**: Mit Blick auf die Forschungsliteratur zeigt sich, dass die Pandemie für Familien generell einfach eine Belastung darstellte durch das Zusammenspiel aus Homeoffice, Beschränkung von Freizeitaktivitäten, Homeschooling und der zu bewältigenden Hausarbeit.

Allerdings wurden einige Familien von dieser Belastung auch noch stärker getroffen, unter anderem, laut Renner et al., empfanden zum Beispiel Eltern jüngerer Kinder die Situation des ersten Lockdowns als starke Belastung. Außerdem hat es natürlich auch alleinerziehende Mütter getroffen oder auch Familien mit pflegebedürftigen Kindern. Es war für diese Familien nochmal eine zusätzliche Belastung im Vergleich zur klassischen Familie.

Herr **Dr. Tomas Jerković**: Schließlich zu den Vereinen. Die Funktion von Vereinen ist natürlich, sozialen Zusammenhalt zu fördern, das Soziale hochzuhalten. Dementsprechend war der Hauptwunsch aus dieser Gruppe, falls es irgendwie geht, die Spaltung der Gesellschaft zu vermeiden. Diese Spaltung der Gesellschaft steht dem Gemeinsinn der Vereine, Glaubensgemeinschaften etc. entgegen. Ihr „Auftrag“ besteht darin, Menschen zusammenzuführen, statt zu spalten. Das war der starke Wunsch dieser Gruppe, und, damit einhergehend, auch eine angemessene Wortwahl im Umgang mit der Pandemie, also die Bezeichnungen „Impfgegner“, „Verschwörungstheoretiker“ usw., die zu der Spaltung beigetragen haben. Gewünscht hat sich die Gruppe auch, passend zum sozialen Auftrag von Vereinen, dass der Staat auch weiterhin fürsorglich bleibt und sich nicht komplett herauszieht.

Dazu auch noch ein paar Erkenntnisse aus der Forschungsliteratur.

Herr **Martin Meyer**: In diesem Fall handelt es sich eher um Zusatzinformationen. Zum Beispiel stellt der Sportentwicklungsbericht für das Pandemiejahr 2020 fest, dass die Vereine einen Mitgliederrückgang in Höhe von ca. 3% hatten. Davon waren Mitglieder großer Vereine stärker betroffen. Um diesem Mitgliederrückgang entgegenzuwirken, haben die Vereine digitale Ersatzangebote und auch Outdoor-Aktivitäten angeboten. Insgesamt kommt aber der Sportentwicklungsbericht zu dem Schluss, dass Vereine es so wahrgenommen haben, dass die Unterstützung aus Politik und Verwaltung eher zu gering war und das Ausmaß an Bürokratie als Belastung empfunden haben.

Religion war für die Personen, die religiös sind oder auch religiös engagiert sind, eine Ressource in der Pandemiezeit.

Insgesamt muss man aber bei der Betrachtung der Leistungskraft verschiedener gesellschaftlicher Bereiche in Bezug auf die Bewältigung der Corona-Pandemie festhalten, dass Religion auf dem letzten Platz rangiert. Gesellschaftliche Bereiche wie Familien, Wissenschaft, Gesundheitssystem oder Politik haben laut den Befragten doch ein deutlich stärkeres Potenzial, Pandemien zu bewältigen.

Herr **Dr. Tomas Jerković**: Damit sind wir tatsächlich am Ende. Wir hoffen, dass wir Ihnen einige Eindrücke aus den Fokusgruppen vermitteln konnten. Es bleibt einfach, wie Sie sehen, an vielen Stellen ein Sowohl-als-auch.

Wir hoffen, dass Sie einen Eindruck gewonnen haben, wie die Bürgerinnen und Bürger den Blick auf die Pandemie geworfen haben und insbesondere, was ihre Wünsche und Kritikpunkte sind.

Ich möchte mich ganz herzlich bedanken, dass wir die Ergebnisse hier vorstellen durften und wir beantworten gerne Ihre Fragen.

(Beifall)

**Vorsitzender**: Herzlichen Dank an Sie beide, dass Sie sich bereit erklärt haben, das heute noch einmal zu präsentieren und das auch kurzfristig ermöglicht haben.

Da ich schon die ersten zwei Wortmeldungen habe – ich gehe davon aus, das sind Fragen – glaube ich, dass es sich gelohnt hat, dass wir uns noch einmal die Chance geben, das Ganze zu hinterfragen, bevor wir dann zu einem späteren Zeitpunkt in die Bewertungsphase eintreten.

Ich habe die Wortmeldungen von Herrn Pürsün und Frau Anders gesehen.

Abgeordneter **Yanki Pürsün**: Vielen Dank, für den Vortrag. Ich hätte zwei kurze Fragen.

Die eine stelle ich vielleicht, weil ich die Vorpräsentation nicht erlebt habe. Sie haben jetzt die Frage für mich nicht beantwortet, ob die Teilnehmer in diesen Fokusgruppen während dieser Gespräche versucht haben, sich gegenseitig zu überzeugen? Oder war das so aufgezoogen, dass man nur seine Meinung gesagt hat und nicht die Meinung des anderen diskutiert wurde?

Herr **Dr. Tomas Jerković**: Also es ging munter her, ich glaube, das können alle Anwesenden bestätigen. Es war ein relativ gesitteter Diskurs, also die Leute standen zu ihrer Meinung, haben aber auch Argumente ausgetauscht. Wir haben allen Probandinnen und Probanden zu Beginn vermittelt, dass jede Meinung zählt. So haben sich dann interessanterweise gute Diskussionen entwickelt. Ich habe es am Anfang gesagt: So ein bisschen haben die negativen Stimmen überwogen. Das kommt eben durch diesen Negativity Bias, der einfach psychologisch zu verstehen ist. Aber wir haben auch die etwas Ruhigeren ermuntert, ihre Meinung kundzutun.

Abgeordneter **Yanki Pürsün**: Vielen Dank. Die zweite Frage bezieht sich auf die Masken. Sie haben gesagt, dass die Maskenpflicht Verständnis bzw. Anerkennung gefunden hat. Gab es nicht vor allen Dingen aus den Kreisen der Arbeitnehmer oder der Arbeitnehmervertretung Kritik, dass die Maskenpflicht unendlich lang galt. Normalerweise sind das Utensilien für den Gesundheits-

oder für den Arbeitsschutz, wo man sagt: eigentlich nur eine halbe Stunde und nicht länger. – Es kann ja auch durchaus Kritik mit Verständnis sein, aber ist das nicht thematisiert worden?

Herr **Dr. Tomas Jerković**: Doch, doch. Das haben wir an einer Stelle geschrieben. Also tendenziell ist die Maske anerkannt worden, weil man das schon ein bisschen vorher kannte. Ich bin wieder beim Thema: War es eine neue soziale Routine oder nicht? Natürlich war es in der Masse eine neue Routine. Man hat sie aber verstanden, weil sie relativ schnell umgesetzt wurde. Aber gerade aus den Gesundheitsberufen haben wir diese Kritik gehört und auch an anderen Stellen gab es Kritik. Das prägnanteste Beispiel fand ich immer in der Schule: Was gilt am Tisch, was gilt im Korridor, was gilt draußen?

Aber dennoch von den vielen Maßnahmen war die Maskenpflicht eine, wo man mitgehen konnte. Im Detail gab es auch die Kritik, die sie genannt haben, aber gleichzeitig auch den Zuspruch. Also auch hier wieder ein Sowohl-als-auch.

Abgeordnete **Kathrin Anders**: Auch von mir ein herzliches Dankeschön vor allem für die Differenziertheit und für eine Retrospektive. Aus der Retrospektive betrachten wir alle die Pandemie und können auch nur bedingt sagen, wie die nächste Pandemie sein wird. Wir wissen nicht, welches Virus kommt. Es kann auch ein ganz anderes sein, das dann vielleicht eher draußen oder wie auch immer übertragen wird. Also das ist eine Blackbox für alle. Von daher finde ich es gut, dass wir den Blick auf andere Krisen, die uns einschränken könnten, ein bisschen weiten.

Mich würde interessieren, ob bei den Befragten oder in den Gruppen unterschieden wurde zwischen staatlichen Maßnahmen, die wir meistens in demokratischen Verfahren beschlossen haben, und zwischen Regeln, die Institutionen, Behörden, Vereine sich selbst gegeben haben.

Sie haben das Beispiel von Vätern, die bei der Geburt nicht dabei sein durften, aufgeführt. Das wurde nie staatlich festgelegt. Das haben Kliniken einfach entschieden, weil das in ihrem Ablauf sonst ein Riesenchaos gegeben hätte. Sie haben sich auch geweigert, ziemlich lange und einige bis zum Schluss, bis zum letzten Tag der Pandemie, das zu ändern. Also es gab durchaus einige Regelungen, die in der Umsetzung, in der Durchsetzung eher von anderen Personen verschärft wurden, beispielsweise von Arbeitgebern, um ihre eigenen Mitarbeiter zu schützen.

Gab es da eine Differenziertheit? Hat man das gesehen oder sieht man das eher in der Retrospektive, in einem Konglomerat: das waren die Regeln, egal wer sie gemacht hat, es war eigentlich ein bisschen zu viel und sie waren nicht angepasst und nicht flexibel genug?

Dann hätte ich noch eine Frage zu dem Thema Impfen. Sie hatten von der Anregung berichtet, eher Empfehlung zu geben und nicht von Impfgegnern zu sprechen. Da würde mich Ihre Einschätzung interessieren. Ist das nicht schon auch eine Diskursverschiebung?

Das Impfen wird nicht von uns Politikern verordnet, sondern wir haben eine STIKO, wir haben ein Paul-Ehrlich-Institut. Es gab keine Impfpflicht für den Normalsterblichen. Es gab einige Berufe,

die ohne Impfung nicht arbeiten durften, aber es gab keine Impfpflicht in dem Sinne. Also wenn davon gesprochen wird, dass wir keine Pro-Impf-Kampagnen machen sollen, dann kann ich dem entgegenhalten, dass es schon so ist, dass wir als Staat die Aufgabe haben, eine ganze Gesellschaft zu schützen. Eine Impfung bringt in den allermeisten Fällen, außer jetzt bei der mRNA-Impfung von Corona, etwas, wenn alle geimpft sind, dann sind auch die Schwächsten geschützt.

Ist da nicht schon eine Verschiebung des Kurses sichtbar, dass man möglichst wenig staatlichen Einfluss wünscht: Ich entscheide das individuell; dann werde ich halt krank und das ist mein Problem? Also merkt man das nicht auch schon in den Aussagen oder in den Quintessenzen der Fokusgruppen?

Herr **Dr. Tomas Jerković**: Ich antworte gerne auf beide Fragen. Was beide Fragen verbindet, was man aus den Primärdaten, also aus den Fokusgruppen sagen kann, ist ein bisschen weniger das Thema Input, sondern das Thema Output, was die Bürgerinnen und Bürger bewegt. Was meine ich damit?

Erste Frage, woher kamen die Regeln? Zum Beispiel zu diesem Thema „Wer durfte bei der Geburt dabei sein?“ kann ich Ihnen nicht zu 100 % beantworten. Im Fokus stand gar nicht so sehr die Frage: „Wer hat den Input geliefert?“, sondern es war eher der Output, der bei den Leuten hängen geblieben ist. Und der Output ist eben: Es gab viele Regeln. Manche Regeln waren sinnvoll. Man hatte es nicht mehr so im Kopf, ob das jetzt der Bund war, das Land etc., sondern die Frage war – und jetzt sind wir beim Thema Menschenbild, Staatsverständnis –: Gehe ich da mit oder gehe ich weniger mit?

Was sich durch die Gruppen durchgezogen hat, war der Wunsch, die Regeln zu überdenken, zu revidieren. Das ist ein wichtiger Wunsch der Bürgerinnen und Bürger in den Interviews.

Dasselbe gilt bei dem Thema Impfen. Grundsätzlich hat sich das durchgezogen. Wir hatten auch Personengruppen, die sich nicht haben impfen lassen, die haben aber auch gesagt, dass sie es prinzipiell in Ordnung fanden, dass es ein Impfangebot gab, auch im Sinne eines Staats, der sich um die Bürgerinnen und Bürger kümmert.

Was die Probanden aber mehr bewegt hat, ist wieder das Thema Output. Sie haben das Thema Diskurs genannt. Dieser Diskurs über das Thema Impfen, gefällt weder Personen, die pro Impfung sind, noch denen, die gegen das Impfen sind. Das kann man mitnehmen. Diese Polarisierung, die wir erlebt haben, das ist etwas – Output –, was die Bürgerinnen und Bürger nicht mehr haben wollen. Auch Personen, die sich drei- bis viermal haben impfen lassen, sagen: Ich finde es nicht gut, wie einfach dieses medizinische Thema in so eine politisch-soziale Sphäre übergeschwappt ist. – Das ist eben das, was die Bürgerinnen und Bürger Ihnen gerne mitgeben wollen, wenn es um das Thema Kommunikation geht.

Abgeordneter **Stephan Grüger**: Zunächst vielen Dank für die interessante Präsentation. Vieles war nicht so überraschend. Mich würde noch eine Sache interessieren, gerade weil immer wieder

aufkam, dass eine weniger ausgrenzende Kommunikation gefordert wurde. War das ein Thema oder wurde das von den Probanden thematisiert, dass sie sich vielleicht selbst einer solchen ausgrenzenden Kommunikation befleißigt haben und es ihnen im Nachhinein vielleicht auch leid tut. Wir haben das in den sozialen Medien mitbekommen, wie die einzelnen Standpunkte aufeinander geknallt sind. Da wurde sich für nichts geschämt. Die einen waren die Impfgegner, die anderen waren die Verschwörungsschwurbler, wieder andere waren die Panikmacher. Gab es da so etwas wie eine kritische Selbstbetrachtung für das, was man selbst in der Pandemie von sich gegeben hat?

Herr **Dr. Tomas Jerković**: Wir sind wieder bei dem Thema „Inwiefern wirkt die Pandemie bei mir nach?“ Sie erinnern sich vielleicht an meine Aussage: Es gibt Leute, die haben das schon längst vergessen. Für die ist das durch. Für die war das auch nie ein Thema. – Es wurde kritisch gesehen, gerade bei Personen, bei denen die Pandemie noch nachwirkt, gerade sozial, die berichten: Ich habe mich in Freundeskreisen zerstritten oder meine Familie ist zerstritten. – Da ging es weniger darum, dass man sich von Politikern angegriffen gefühlt hat, sondern untereinander. Und da ist durchaus Bedauern drin. Das kann man so sagen.

Abgeordneter **Stephan Grüger**: Bedauern oder richtig selbstkritisch?

Herr **Dr. Tomas Jerković**: Sagen wir es mal so: Man möchte das zukünftig nicht wieder unbedingt erleben. Auf jeden Fall zählt das wieder zu dem Punkt: Das, was die Personen in der Pandemie am meisten belastet hat, ist, dass das soziale Gefüge durcheinandergebracht wurde, gerade im zwischenmenschlichen Austausch.

Abgeordneter **Arno Enners**: Auch ich möchte mich für den Vortrag und für die Möglichkeit der Fragestellung bedanken.

Ich habe eine Frage. Zu Beginn Ihres Berichts wurde als positiver Aspekt beschrieben, dass die Digitalisierung einen Schub bekommen hat. Weiter später war aber zu lesen, dass wir im internationalen Vergleich in der Digitalisierung eher unterdurchschnittlich abgeschnitten haben. Wissen Sie, wie es zu dieser Bewertung gekommen ist, dass wir am Ende im Vergleich nur unterdurchschnittlich waren, wie dieser Wert, obwohl es erst vorher als positiven Anschlag im Lande gesehen wurde, am Ende dann doch so abgebrochen ist?

Herr **Dr. Tomas Jerković**: Es kommt immer auf das Niveau an, von wo man gestartet ist. Das ist der Punkt. Es ist unbestritten aus Sicht der Probanden, dass vieles jetzt digitaler läuft als vorher. Wir denken an Distanzunterricht, wir denken an bargeldlose Einkäufe, wir denken an E-

Commerce, was die Bürgerinnen und Bürger zurückgespielt haben. Das ist aber vielleicht noch unter dem Niveau anderer Länder. Das kann eine Erklärung sein.

Abgeordneter **Marcus Bocklet**: Auch von meiner Seite herzlichen Dank für Ihren Bericht. Ich war zu dieser fraglichen Zeit gesundheitspolitischer Sprecher meiner Fraktion und kann mit jeder einzelnen Folie des Berichts mitgehen, was die Ambulanz, dieses Sowohl-als-auch betrifft. Ich nehme aber durchaus Widersprüche wahr, auch in den Antworten. Da frage ich mich: Konnte man das mit denen kritisch diskutieren?

Ich gebe Ihnen mal zwei Beispiele. Der Wunsch, dass man nur möglichst eine Meinung bekommt, eine klare Ansage, von mir aus, vom Robert-Koch-Institut, ist ja tatsächlich erfolgt. Nur sobald das RKI eine Meldung für montags rausgegeben hat, kam dienstags irgendein anderer und hat gesagt: Das ist ja halb so wild. – Oder wenn Markus Lanz, Maischberger oder wer auch immer, das dann kritisch diskutiert hat, entsteht natürlich in der Bevölkerung – Stichwort: Pressefreiheit – eine Panik: Was gilt denn nun? – Das ist durchaus ein Widerspruch. Wie bewusst ist das den Probanden?

Genauso der Wunsch, dass man zukünftig Kinder- und Jugendeinrichtungen nicht mehr schließen soll. Ich bin der Erste, der das unterschreiben würde. Aber ich kann Ihnen berichten, wir hatten unter dem Gesundheitsminister Grüttner einen Ebola-Fall. Vielleicht können Sie sich noch erinnern. Es war ein Ebola-Fall in Frankfurt, den mussten wir auf der Uniklinik isolieren, 14 Tage lang. Das hat zehn Millionen gekostet, um diesem einen Menschen das Leben zu retten. Deswegen meine Frage: Ist den Menschen auch klar, dass es um Corona geht? Stellen Sie sich vor, es wäre Ebola gewesen. Dann kann ich Ihnen heute versprechen, was sie wollen. Wir wissen heute mutmaßlich, dass es eine Zoonose war, also dass es von einem Virus eines Tieres übergesprungen ist. Und wir wissen, etwa 1.500 Viren warten darauf, das nachzumachen. Und wir wissen nicht, wie aggressiv so ein Virus ist.

Wenn ich heute den Wunsch wahrnehme: Lassen Sie doch bitte die Kinder- und Jugendeinrichtungen auf – dann nehme ich das gerne mit. Aber Fakt ist doch, wenn es eine aggressivere Ebola-Variante ist, haben wir doch gar keine andere Wahl, wenn wir Menschenleben retten wollen.

Ich frage mich, ist bei diesen Gruppendiskussionen, der Bevölkerung selbst bei dieser Ambivalenz klar, dass ein Wunschkonzert schön ist, aber der Realität oft nicht statthält?

Herr **Dr. Tomas Jerković**: Das, was Sie beschreiben, haben wir bewusst an den Anfang gestellt, dieses „einerseits – andererseits“, diese fast schon Janusköpfigkeit der Pandemie. Die meisten Probanden haben ganz klar gesagt: Ich weiß, es war eine Ausnahmesituation. Ich weiß, der Staat war im Dilemma. Ich wüsste, es ist schwierig, es besser zu machen. – Es hat sich wirklich durchgezogen, dieses „einerseits – andererseits“. Also nicht nur, dass drei Probanden die Meinung A hatten und drei Probanden die Meinung B, sondern auch innerhalb der Person gab es dieses

Ringen. Den Probandinnen und Probanden war bewusst, dass es eine schwierige Aufgabe für die Politik ist und dass man beide Seiten sehen muss.

Ich kann auf jeden Fall unterschreiben, dass wirklich viel Selbstreflexion bei den Teilnehmerinnen und Teilnehmern vorhanden war. Dass sich dann gewisse Präferenzen gebildet haben, dass man Maßnahmen besser und schlechter findet, gab es. Aber den Weg dahin, dieses Ringen, dieses Aushandeln, auch mit sich selbst, das konnten wir wirklich bei sehr vielen Bürgerinnen und Bürgern feststellen. Somit gab es natürlich auch eine gewisse Akzeptanz oder auch Verständnis für das, was die Politik gemacht hat. Das hat aber trotzdem nicht dazu geführt, dass es am Schluss keine Verbesserungsvorschläge gab, die wir versucht haben hier zu vermitteln.

**Vorsitzender:** Ich habe mich zu Wort gemeldet, weil wir ja nicht diskutieren, das möchte ich nicht tun, sondern nur Fragen stellen. Ich habe drei kurze Fragen.

Das eine betrifft Seite 9 des Berichts. Das schließt an das an, was der Kollege Bocklet eben auch gesagt hat, dass hier dieses negative Erinnerungsvermögen angesprochen wird. Das scheint dann hier – in Anführungszeichen – nur für die ergriffenen Maßnahmen zu gelten, aber nicht für das negative Erlebnis: Da ist ein böser Virus unterwegs, von dem wir nicht wissen, was damit passiert. Wir kennen noch die Bilder von Bergamo, wir kennen die Eissporthallen in Amerika, die mit Leichen gefüllt waren. Meine Frage: Ist diese Besorgnis dann mehr im Hintergrund und das andere überwiegt?

Dann habe ich noch eine weitere Frage, die betrifft Seite 21, da ging es um die Bewertung der Kontaktbeschränkungen im Bereich der Quarantänen. Ist es in der Tat so, dass bei den Pflegeheimen da überhaupt nichts Positives gesehen wurde? Das würde mich wundern.

Auf Seite 43 geht es um die Kinder und Jugendlichen, mehr noch um die Jugendlichen. Aus der Forschungsliteratur wurde zitiert: „In der Rückschau lässt sich festhalten, dass Kinder und Jugendliche folgende Faktoren für besonders belastend empfanden: vor dem Virus selbst, die Angst als Infektionsträger für die Erkrankung zu fungieren, vielleicht sogar für den Tod anderer verantwortlich zu sein.“ – Wenn das richtig ist, dann bedeutet dies ja, dass sie sehr wohl reflektiert haben, dass sie zwar Einschränkungen hinnehmen mussten, die ihnen auch gestunken haben oder sie vielleicht sogar in der Entwicklung gestört haben, aber dass sie es trotzdem verstanden haben, warum das notwendig war. Ist das richtig?

Herr **Dr. Tomas Jerković:** Ja, absolut. Natürlich haben wir sehr stark über politische Maßnahmen und politische Kommunikation gesprochen; das war ja Auftrag. Aber natürlich war vielen auch bewusst, dass das Virus gefährlich war.

Wir hatten zum Beispiel auch Probandinnen und Probanden, die haben gesagt: Schauen Sie mich an, ich habe Schuppenflechte seit Corona. – Das nehme ich mit. Andere Personen haben von Long-Covid berichtet. Das gab es definitiv. Es war nicht so, dass das Virus von der Masse zumindest als harmlos gesehen wurde. Es ist einfach dem Arbeitsauftrag geschuldet, dass wir

etwas mehr über die Themen „politische Kommunikation“ und „Maßnahmen“ gesprochen haben. Das kann man definitiv sagen. Das betrifft die Frage, die Sie auf Seite 9 hatten.

Zur Frage auf Seite 21. Überwiegend war es durchaus so, dass gerade diese Maßnahmen in Pflegeheimen kritisch gesehen wurden. Die Gefährlichkeit des Virus wurde nicht in Abrede gestellt. Gerade in diesen Pflegestationen, Demenzstationen ist bei den Bürgerinnen und Bürger – und da sind wir wieder bei dem Thema „Was nehme ich denn mit?“ – dieses negative Erleben so stark gewesen, weil man sich beispielsweise nicht von seinen älteren Verwandten verabschieden konnte. Da wirkt einfach wieder dieser Negativity Bias – und das liegt jetzt schon zwei, drei Jahre zurück – einfach dermaßen stark, dass man das noch als sehr, sehr stark erinnert, weil es einfach ein starker, emotionaler Einschnitt war, sodass hier vielleicht die Gefährlichkeit des Virus ein bisschen zurücktritt, aber nicht in Abrede gestellt wurde.

Zur Frage auf Seite 43. Ja, die Jugendlichen haben die Gefährlichkeit des Virus reflektiert. Aber auch hier stehen die sozialen Kosten, die damit einhergehen, durchaus noch mal stark im Vordergrund. – Martin Meyer kann hier noch ergänzen.

Herr **Martin Meyer**: Die Jugendlichen haben das als Belastung empfunden, waren aber auch so reflektiert, einzugestehen, dass eine Notwendigkeit bestand, diese Maßnahmen durchzuführen. Auch hier wieder diese Janusköpfigkeit.

Abgeordneter **Dirk Bamberger**: Ich möchte mich dem bereits geäußertem Dank anschließen. Ich habe den Eindruck, dass Ihre Präsentation und die Zusammenfassung der Ergebnisse, auch wenn sie kurz und prägnant zusammengefasst sind, doch auf recht umfangreichen Inhalten basiert. Das war eine anspruchsvolle Aufgabe, das zu komprimieren.

Ich glaube auch, oder ich nehme das so wahr, das ist das, was die Menschen während der Corona-Pandemie und danach bewegt hat, und in der Nachbereitung auch vollständig wiedergegeben ist. Sie haben uns auch nicht vor den unangenehmen Rückmeldungen verschont. Das ist genau das, worum es geht, dass wir einen möglichst umfangreichen Blick darauf haben, wie das, was wir beschlossen haben, gewirkt hat.

Jetzt würde mich an der Stelle noch interessieren: Konnten Sie in den Gesprächen mit den Probanden an irgendeiner Stelle feststellen, dass die teilweise sehr gezielte Beeinflussung in den sozialen Medien, diese Fake-Kampagnen, um die gesellschaftliche Spaltung an der Stelle voranzutreiben, bei den Probanden irgendetwas hinterlassen haben, es sie beeinflusst hat, vielleicht sogar bis heute und dass diese Kampagnen, die offensichtlich auch von interessierter Seite aus dem Ausland betrieben worden sind, nachhaltig bis heute nachwirken?

Herr **Dr. Tomas Jerković**: Danke für die Frage. Was man auch sagen kann: Corona war nicht nur medizinisch oder auf Ebene der Maßnahmen, sondern auch kommunikativ eine absolute

Ausnahmesituation. Das haben die Bürgerinnen und Bürger auch zurückgespielt. Es war eine Zeit, in der man einem ungewöhnlich hohen Medienkonsum exponiert war oder auch selbst ungewöhnlich aktiv nach Informationen gesucht hat, wie man es in anderen Zusammenhängen vielleicht noch nie so erlebt hat, zum Teil der Tatsache geschuldet, dass man nicht viele andere Beschäftigungsmöglichkeiten hatte.

Ich hoffe, das kam in der Präsentation rüber, dass gerade dieses Übermaß an Informationen – wir haben es auch von der Seite gerade gehört, der eine sagt A, der andere sagt B – die Menschen überfordert hat. Es fällt schwer, wenn man so eine Situation noch nie erlebt hat, die Informationen einzuordnen. Wenn dazu noch kommt, dass sich die gesamte Gesellschaft digitalisiert, spielen natürlich auch soziale Medien eine Rolle.

Das war auch ein Baustein, aus dem die Teilnehmerinnen, die Bürgerinnen und Bürger, ihre Informationen bezogen haben, der dann entweder die Meinung gefestigt hat, zu einer Verwirrung geführt hat. Zum Teil hat es dazu geführt, dass für einige die Corona-Pandemie abgehakt ist und für andere wirkt sie noch nach, weil sie Ausgrenzung erfahren haben und sich dann auch alternativen Medien oder anderen Informationsquellen zugewandt haben.

Das sehen wir auch in anderen Studien. Wir führen auch in anderen Kontexten Gruppendiskussionen mit Probandinnen und Probanden zu politischen Themen durch und merken immer wieder, dass die Corona-Pandemie auch dazu beigetragen hat, die politische Einstellung und auch den Medienkonsum zu überdenken oder zu justieren.

Abgeordneter **Jürgen Frömmrich**: Vielen Dank auch von meiner Seite für den Vortrag. Ich glaube, dass wir genau das bekommen haben, was wir in Auftrag gegeben haben. Wir wollten subjektive Erfahrungen unterschiedlicher Gruppen bekommen, also Schilderungen ihres Erlebens in dieser Zeit, und die haben wir bekommen.

Die Einschätzung muss man nicht teilen, aber für uns als Entscheiderinnen und Entscheider, auch im politischen Bereich, ist es wichtig, das gespiegelt zu bekommen und daraus nachher Rückschlüsse ziehen zu können. Das haben wir bekommen. Die Erkenntnisse, die da gekommen sind, auch wenn Sie gesagt haben, es gab viel Sowohl-als-auch und vielleicht doch ein bisschen nein, spiegeln das Erleben, das wir auch im gesellschaftlichen Diskurs bekommen haben über die Maßnahmen, die da getroffen worden sind.

Einige der hier Anwesenden waren auch unmittelbar an Entscheidungen oder Vorbereitung von Entscheidungen beteiligt. Sie wissen, wie schwierig das war, diese Abwägungsprozesse zu machen. An den Ergebnissen, die Sie dargestellt haben, habe ich viel wiedererkannt: die Zerrissenheit, die da widergespiegelt worden ist, auch zum Teil die Zerrissenheit der Diskussionsprozesse, die wir erlebt haben in den Entscheiderbereichen. Vielen Dank dafür.

Was mich ein bisschen umtreibt, vielleicht werden wir aber auch in der Anhörung noch ein bisschen schlauer werden: Gibt es aus Ihrer Sicht, aus wissenschaftlicher Sicht, eine Möglichkeit oder ein Verfahren, wie man diese Erkenntnisse, die wir hier gewonnen haben, so operationalisieren

kann, dass wir da möglicherweise Handlungsempfehlungen für gewisse Bereiche entwickeln können. Wir machen das nicht zum Jux, sondern wir machen es, damit wir bei anderen, zukünftigen Ereignissen, vielleicht die ein oder andere Erfahrung mit rübernehmen und wissen, wie man gewisse Dinge dann steuert oder besser steuert, auch aus dem Erinnern dessen, was da gesagt worden ist.

Hinterher ist man immer schlauer, wenn man drauf schauen kann. Die, die da gehandelt haben, hatten keine Blaupause. Deswegen ist es wichtig, das so zu operationalisieren, dass man für gewisse Bereiche Handlungsempfehlungen hat, auf die man später zurückgreifen kann. Gibt es da aus Ihrer wissenschaftlichen Sicht Möglichkeiten, das dann nachher so hinzubekommen, dass man das herausfiltern kann?

Herr **Dr. Tomas Jerković**: Danke für die Frage. Das ist natürlich insofern eine herausfordernde Frage, dass ich Ihnen jetzt keine Politikberatung geben möchte, weil wir als Forscher immer neutral bleiben müssen.

Sie fragen mich aber: Was ist möglich? Wir konnten Ihnen ein paar Handlungsempfehlungen oder Wünsche der Bürgerinnen und Bürger mitgeben. Das sind die Sprungbretter, auf denen man aufsetzen kann. Wohl wissend, dass es für die Probandinnen und Probanden schwer ist, ganz konkrete Maßnahmen zu formulieren, und auch sie oft in sich zerrissen waren. Ich bin wieder bei diesem Sowohl-als-auch.

Wenn Sie in Industrieunternehmen wären – das mache ich auch ab und zu, das ist ganz normale Marktforschung –, würde ich sagen: Sie müssen jetzt in die Konzeptphase gehen. Sie könnten sich jetzt überlegen: Wir haben verschiedene Handlungsfelder identifiziert, die die Bürgerinnen und Bürger uns gegeben haben. Was kann man denn daraus machen? Idealerweise binden Industrieunternehmen ihre Konsumenten, in dem Fall sind es die Bürgerinnen und Bürger, in die Entwicklung von Ideen ein und testen die durch.

Wenn Sie sagen würden: Wir möchten jetzt eine neue Kommunikationskampagne starten oder wir überlegen uns eine neue Warn-App oder eine neue Website einzurichten, über die man sich informieren kann, würde ein normales Industrieunternehmen sagen: Wir bauen zwei, drei Prototypen und testen die mit Konsumentinnen und Konsumenten – in dem Fall Bürgerinnen und Bürgern – durch, wie es normaler Produktentwicklungsprozess in Industrieunternehmen ist. Das könnte ein Weg sein.

Was man aus den Fokusgruppen sagen kann, ist ganz definitiv, dass die Bürger sich wünschen, dass die Politik evidenzbasierter arbeiten. Da ist hoffentlich diese Studie ein kleiner Bestandteil dazu.

Mitnahme und idealerweise auch ein gewisser Wunsch nach Partizipation ist dabei. Das heißt also in den Maßnahmen, die sie entwickeln, sollten Sie die Bürgerinnen und Bürger mitnehmen, also vielleicht rechtzeitig Feedback einholen für erste Ideen, die sie haben. Das machen viele Unternehmen auch so, wenn sie ein neues Produkt einführen wollen. Sie holen sich dann das

Feedback in Gruppendiskussionen, Einzelinterviews, Umfragen etc. Da sind die Methoden ähnlich.

Wir wissen natürlich, dass es anspruchsvoller ist, die nächste Corona-Pandemie vorzubereiten als die nächste Joghurtverpackung zu kreieren. Ja, aber was man wirklich sagen kann ist, dass die Bürgerinnen und Bürger es wertgeschätzt haben, dass sie ihre Meinung äußern durften und sie wünschen sich, dass ihre Stimmen gehört werden. Wenn Sie Maßnahmen entwickeln und Ideen haben, sollten Sie die Bürgerinnen und Bürger mitnehmen. Ich will jetzt keine Werbung für die Markt- und Sozialforschung machen, ein bisschen aber schon.

**Vorsitzender:** Kennen Sie solche Prozesse eigentlich auch aus anderen Bundesländern oder sind wir da die ersten?

Herr **Dr. Tomas Jerković:** Wir sichten regelmäßig die Ausschreibungen. Sie waren die ersten, die uns über den Weg gelaufen sind.

**Vorsitzender:** Sehr gut. – Mir ist nämlich noch kein Land untergekommen, das sich genau mit diesem Ansatz auch an die Bürgerinnen und Bürger gewandt hat und natürlich, am kommenden Donnerstag und Freitag, an die Sachverständigen.

Gibt es weitere Wortmeldungen? – Wenn das nicht der Fall ist, dann kann ich diesen Tagesordnungspunkt schließen. Ich darf mich bei Ihnen beiden noch einmal bedanken.

(Beifall)

Herr **Dr. Tomas Jerković:** Vielen Dank noch einmal, auch an die Fragen.

**Vorsitzender:** Wir werden Sie gerne auf dem Laufenden halten, was wir daraus gemacht haben. Vielen Dank. – Damit sind wir am Ende der Sitzung.

**Beschluss:**

HAA 21/17 – 24.02.2026

Die Ergebnisse der Fokusgruppeninterviews wurden vorgetragen und besprochen.

21. WAHLPERIODE



**HESSISCHER**  
LANDTAG

Wiesbaden, 19. Mai .2026

Protokollführung:

Vorsitz:

Dr. Ute Lindemann

Holger Bellino